



PROTOKOLL

112. Plenarsitzung am Freitag, dem 30. Oktober 2020

Mainz, Rheingoldhalle, Gutenbergsaal

*Mitteilungen des Präsidenten und Feststellung
der Tagesordnung.*

7579

**Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer
Corona-Pandemie**
– Drucksache [17/13473](#) –

dazu:

**Parlamentarische Beteiligung an Corona-
Maßnahmen sicherstellen, Notverordnungs-
regime beenden**

auf Antrag der Fraktion der AfD – Entschlie-
ßung –

– Drucksache [17/13482](#) –

7580

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

7580

Abg. Christian Baldauf, CDU: 7582
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: 7588
Abg. Michael Frisch, AfD: 7592
Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: 7599, 7603
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: 7604
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: 7609
Abg. Gabriele Bublies-Leifert, fraktionslos: . 7609

*Tagesordnungspunkt nach Aussprache erle-
digt.*

7609

*Mehrheitliche Ablehnung des Entschlie-
ßungsantrags – Drucksache 17/13482 – in nament-
licher Abstimmung.*

7610

Anlage

7611

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering.

Anwesenheit Regierungstisch:

Ministerpräsidenten Malu Dreyer; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Vizepräsident Hans-Josef Bracht; Abg. Helga Lerch, fraktionslos, Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD, Abg. Michael Wagner, CDU.

112. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 30. Oktober 2020

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie recht herzlich zur 112. Plenarsitzung des rheinland-pfälzischen Landtags begrüßen. Schriftführende Abgeordnete sind heute der Kollege Rommelfanger und die Kollegin Weller. Herr Kollege Rommelfanger wird die Redeliste führen. Entschuldigt fehlen heute Vizepräsident Bracht, die Abgeordnete Lerch, die Abgeordnete Sahler-Fesel und der Kollege Wagner.

Am heutigen Tag, am 30. Oktober, haben drei Kolleginnen und Kollegen Geburtstag. Sie dürfen also im Gegensatz zu vielen anderen mit uns gemeinsam den Geburtstag verbringen. 30 Jahre wird auf den heutigen Tag Frau Karina Wächter. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Heute 37 Jahre wird Katharina Binz. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Ein Jahr älter wird Sven Teuber. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

(Beifall im Hause)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, gegen die Tagesordnung dieser Sondersitzung gibt es keine Widersprüche. Damit gilt die Tagesordnung als festgestellt.

Einziger Punkt der Tagesordnung sind die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zu aktuellen Corona-Beschränkungen und die Aussprache hierzu. Wir sind heute mit das erste Landesparlament in Deutschland, das diese Debatte führt.

Das Jahr 2020 ist das Jahr der Zumutungen und Belastungen in allen Bereichen des sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Insbesondere im Bereich Gesundheit und Pflege sind alle, die in diesem Bereich arbeiten, massiven Belastungen ausgesetzt.

Die Corona-Pandemie hat sich in den letzten Wochen auf dramatische Weise verschärft. Wir befinden uns in der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, verbunden mit einer nie da gewesenen Einschränkung von Freiheitsrechten. Die Parlamente haben in dieser Situation eine besondere Verantwortung; denn Aufgabe von Politik ist es, Entscheidungen nach sorgfältiger Beratung zu treffen. Dies ist die gemeinsame Verantwortung von Regierung und Parlament.

Das über allem stehende Ziel ist einerseits, Leben zu retten und unser Gesundheitssystem vor dem Kollaps zu be-

wahren, und andererseits, unsere Freiheit und unseren Wohlstand zu sichern. Dieser Drahtseilakt, diese Herkulesaufgabe, vor der wir seit Beginn dieser Pandemie stehen, kann nur gelingen, wenn Regierung und Parlament ihre jeweiligen Funktionen erfüllen.

Die Aufgabe der Regierung ist im Moment, Entscheidungen zu treffen und die genannten Ziele so gut und so schnell wie möglich zu erreichen. Die Aufgabe des Parlaments ist es, die Auseinandersetzung und Diskussion über die getroffenen Maßnahmen kontrovers zu führen; denn hier im Parlament ist der einzige Ort, an dem für alle nachvollziehbar alle wesentlichen Entscheidungen von allen Blickwinkeln aus beleuchtet, debattiert und erstritten werden.

(Beifall des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Dieser Prozess ist wichtig, vor allem um die Akzeptanz in der Bevölkerung, die wir hier vertreten, zu erreichen. Erfolgreich bei der Bekämpfung der Pandemie werden wir dann sein, wenn wir alle als Bürgerinnen und Bürger die Maßnahmen nicht nur ertragen, sondern sie mittragen und unseren Beitrag im jeweiligen Verantwortungsbereich leisten.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Verpflichtung gilt in dieser Krisensituation in herausragender Weise für uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Wir tragen die Entscheidungen mit, indem wir uns mit der Begründung der Regierung für die getroffenen Maßnahmen hier an diesem Ort durch diskutieren, debattieren und streiten auseinandersetzen und die Interessen all derjenigen aussprechen, die das Gefühl haben, nicht gehört zu werden.

Auch in Krisensituationen ist nichts alternativlos. Gefundene Wege sind immer auch Kompromisse. Nach einer kritischen Debatte und der Entscheidung des Parlaments, von seinen Änderungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen oder eben nicht, sind die Maßnahmen parlamentarisch und damit demokratisch vollumfänglich legitimiert. Akzeptanz ist ein entscheidender Baustein beim Erfolg unseres Kampfes gegen die Pandemie. Durch die parlamentarische Begleitung, die der rheinland-pfälzische Landtag in einer intensiven Weise wie kaum ein anderes Landesparlament wahrnimmt, leisten wir einen wichtigen Beitrag für diese Akzeptanz.

Die Bewältigung dieser Krise wird zeigen, wie stark und leistungsfähig funktionierende Demokratien und insbesondere föderale Systeme sind. Landesparlamente und Landtagsabgeordnete sind hier ein wichtiger Baustein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sind es, die seit Monaten den Menschen aus allen gesellschaftlichen Teilen und allen Branchen zuhören und mit ihnen sprechen. Damit verbreiten Sie Zuversicht und sorgen für Transparenz und sind im wahrsten Sinne des Wortes Volksvertreterinnen und Volksvertreter.

Wir alle haben es in der Hand, wie es weitergeht. Es liegt

an uns, in den Parlamenten das Vertrauen der Menschen mit Entscheidungen zu gewinnen. Ja, es ist frustrierend, schon wieder das gesellschaftliche Leben nach all den Entbehrungen in den letzten Monaten zurückzufahren. Ich persönlich bin aber davon überzeugt, wir werden gemeinsam erfolgreich sein, weil wir eine solidarische Gesellschaft sind und wissen, dass wir zusammenstehen, wenn es darauf ankommt, auch mit Abstand.

Wir haben viel über das Virus gelernt. Wir sind besser als im Frühjahr vorbereitet. Frühling und Sommer werden wieder kommen. Deshalb bin ich zuversichtlich und davon überzeugt, eine Gesellschaft, die zusammensteht, kann Außerordentliches leisten. Das werden wir tun.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP, des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg.
Uwe Junge und Dr. Jan Bollinger, AfD)

Ich darf nunmehr der Ministerpräsidentin für die Regierungserklärung das Wort erteilen.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer

Corona-Pandemie

– Drucksache 17/13473 –

dazu:

Parlamentarische Beteiligung an Corona-Maßnahmen sicherstellen, Notverordnungsregime beenden

auf Antrag der Fraktion der AfD – Entschließung –

– Drucksache 17/13482 –

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete, sehr verehrte Gäste! Es ist gut, dass der Landtag von Rheinland-Pfalz zu einer Sondersitzung zusammenkommt. Zusammen mit den Fraktionen der Regierungskoalition habe ich um diese Sondersitzung gebeten; denn vor uns liegt eine riesige Kraftanstrengung. Mit vereinten Kräften müssen wir es schaffen, die zweite Welle der Corona-Pandemie zu brechen.

Die Debatte heute ist wichtig, weil wir eine breite Beteiligung des Parlaments wollen und nur dann Erfolg haben, wenn die Bürger und Bürgerinnen die Schutzmaßnahmen mittragen. Die zweite Corona-Welle trifft Deutschland mit voller Wucht. Heute meldet das Robert Koch-Institut einen neuen Höchststand von über 18.600 Neuinfektionen in Deutschland. In Rheinland-Pfalz sind es über 600 jeden Tag. Die Zahlen steigen weiter in rasanter Geschwindigkeit. Noch vor zwei Wochen hatten wir nur einzelne Corona-Hotspots. Mittlerweile ist fast die gesamte Landkarte rot. Stand heute werden bei uns schon mehr Menschen mit COVID-19 in den Krankenhäusern behandelt als im März.

Auch bei uns haben sich die Menschen, die mit Corona auf den Intensivstationen liegen, seit dem Sommer verzehnfacht. Noch dramatischer hat es unsere europäischen Nachbarn getroffen. Hier ist das Virus schon so weit verbreitet, dass dort nicht mehr jeder die medizinische Behandlung, die er braucht, bekommen kann.

Die kritische Marke, bei der die Gesundheitsämter die Ansteckungen noch nachverfolgen können, liegt bei 50 Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner und Einwohnerinnen in sieben Tagen. Diese Marke haben wir auch in Rheinland-Pfalz an fast allen Orten überschritten. Eine wirksame Unterbrechung von Infektionsketten ist nicht mehr möglich.

Wenn wir die Welle jetzt nicht brechen, dann infizieren sich absehbar immer mehr Menschen. Immer mehr Menschen müssen in Quarantäne gehen, erkranken schwer oder sterben sogar durch COVID-19. Wenn die Infektionszahlen nicht gesenkt werden, halten wir durch die Erkrankung der Beschäftigten zum Beispiel bei der Polizei und im Rettungs- und Gesundheitswesen unsere Infrastruktur auch personell nicht mehr aufrecht. Wir können dann nicht mehr garantieren, dass alle Kranken in den Krankenhäusern versorgt werden. Auch die Wirtschaft nimmt dann erheblichen Schaden.

Meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete, in eine solche Lage will ich unser Land nicht bringen. Das kann und will ich nicht verantworten. Meine Kollegen und Kolleginnen in den anderen Bundesländern, ganz gleich welcher Partei sie angehören, haben dieselbe Entscheidung getroffen. Deshalb haben die 16 Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen der Länder gemeinsam mit der Bundeskanzlerin am Mittwoch einstimmig den Beschluss gefasst, das persönliche Leben zum zweiten Mal drastisch einzuschränken.

Bund und Länder handeln gemeinsam, und sie handeln entschlossen. Wir müssen im November all unsere Kontakte auf ein Minimum beschränken; denn nur durch einen Verzicht auf direkte Begegnungen verhindern wir, dass sich das Virus weiter unkontrolliert verbreitet.

Konkret haben wir beschlossen, dass ab Montag im gesamten Bundesgebiet viele Einrichtungen geschlossen werden. Dazu zählen Theater, Kinos oder Freizeitparks ebenso wie Schwimmbäder oder Fitnessstudios. Cafés und Restaurants müssen wieder auf einen Abhol- und Lieferbetrieb umstellen. Der Profisport darf nur noch ohne Zuschauer stattfinden. Für den Alltag gelten strenge Kontaktbeschränkungen. Menschen dürfen sich nur noch mit einem weiteren Hausstand treffen. Insgesamt dürfen nicht mehr als zehn Personen zusammenkommen. Zu den einzelnen Maßnahmen wird noch heute die Rechtsverordnung veröffentlicht, die am Montag in Kraft tritt.

Wichtig ist, wir haben aus dem Frühjahr gelernt. Schulen und Kitas sollen so lange wie möglich offenbleiben. Unsere Kinder und Jugendlichen dürfen nicht zu den Verlierern der Krise werden! Um Schule in Präsenzform weiter zu ermöglichen, gilt deshalb landesweit ab Montag an al-

len weiterführenden Schulen die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Schutzbedeckung auch im Unterricht. Damit in jeder Schule für den Notfall auch genug Masken und Desinfektionsmittel vorhanden sind, stellen wir den Schulen und Schulträgern noch einmal 500.000 Masken und 50.000 Liter Desinfektionsmittel zur Verfügung.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Altenheime und Krankenhäuser unterstützen wir durch Testungen, damit es nicht wieder zu einer Situation kommen muss, dass alte oder kranke Menschen wochenlang allein und ohne Besuch in einem Zimmer leben oder sich Angehörige nicht von Sterbenden verabschieden können. Auch unsere Unternehmen sollen so weit wie möglich den Betrieb aufrechterhalten. Geschäfte bleiben mit erweiterten Hygieneauflagen geöffnet.

Ich weiß, die Einschränkungen, die wir den Bürgern und Bürgerinnen im kommenden Monat abverlangen, sind einschneidend. Sie nehmen uns wieder vieles von dem, was das Leben schön macht: Geselligkeit, Sport mit anderen und Kulturveranstaltungen.

Ich weiß auch, die Maßnahmen betreffen alle, aber sie treffen nicht alle gleichermaßen hart. Für Gastronomen und Gastronominnen, Hoteliers, Künstler und Künstlerinnen und andere betroffene Bereiche kommt ein erheblicher materieller Schaden dazu. Die Corona-Pandemie stellt die Kunst und Kultur vor besondere Herausforderungen, obwohl wir sie doch gerade in einer Krise so sehr brauchen. Denn die Kultur öffnet Denkräume und ist der notwendige Spiegel der Gesellschaft. Deswegen ist mir wichtig, dass auch die Kulturschaffenden, die jetzt eine besondere Last tragen, unterstützt werden.

Viele Veranstalter, Gastronomen oder Hoteliers haben in den letzten Monaten Fantasie, Kraft und auch einiges an Geld in Hygienekonzepte gesteckt. Sie fragen jetzt zu Recht: War das alles umsonst? Wenn doch die Schutzmaßnahmen eingehalten werden und das Infektionsrisiko gering ist, warum sollen dann zum Beispiel das Restaurant oder die Kultur oder das Fitnessstudio geschlossen werden?

Die Antwort liegt nicht im Hygienekonzept, sondern im Charakter des Virus. Die Hygienepläne bleiben richtig und wichtig, aber wir können die zweite Welle der Corona-Pandemie nur brechen, wenn wir dem Virus die Möglichkeit nehmen, auf andere Personen überzuspringen. Deshalb müssen wir jetzt wieder für einen begrenzten Zeitraum auf eine flächendeckende Strategie umschwenken und die Zahl der Menschen, die sich begegnen, drastisch verringern. Es dürfen einfach nicht mehr so viele Menschen an einem Ort zusammenkommen, besonders nicht in geschlossenen Räumen ohne Maske.

All denen, die nun schon zum zweiten Mal in diesem Jahr coronabedingt ihre Türen schließen müssen, versichere ich aber, wir lassen sie nicht allein. Ich konnte dem Beschluss auch deshalb zustimmen, weil er die konkreten Hilfen für

unsere heimische Wirtschaft – für Unternehmen, Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen – umfasst. Dazu gehören auch die Soloselbstständigen. Diese konkreten Hilfen sind mir und meiner Landesregierung außerordentlich wichtig.

Um finanzielle Ausfälle zu entschädigen, wird der Bund eine Nothilfe gewähren. Die Bundesregierung ist jetzt in der Verantwortung, die zugesagten Hilfen schnell und unbürokratisch zur Verfügung zu stellen. Dafür hat die Bundeskanzlerin den Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen, uns, ihr Wort gegeben. Darauf verlasse ich mich. Demnach bekommen Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten sowie alle Vorgenannten bis 75 % des Umsatzes des Vorjahresmonats erstattet. Hilfen gibt es auch für die mit über 50 Beschäftigten in einem etwas geringeren Maße.

Die Finanzhilfen werden insgesamt ein Volumen von bis zu 10 Milliarden Euro haben. Zudem wird der Schnellkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau erweitert und für sehr kleine Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern geöffnet. Gleichzeitig werden bereits bestehende Hilfen für hauptbetroffene Wirtschaftsbereiche über den Jahreswechsel hinaus verlängert und die Konditionen verbessert. Dabei geht es zum Beispiel um die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft sowie die Soloselbstständigen. Sobald der Bund die technischen und beihilferechtlichen Voraussetzungen geschaffen hat, können wir als Land unsere Gastronomie, die Hotels und Kultureinrichtungen in Rheinland-Pfalz, aber auch die Soloselbstständigen und viele Veranstalter unterstützen.

Meine sehr verehrten Herren und meine sehr verehrten Damen, lassen Sie mich noch ein Wort zu der Frage der Verfassungsmäßigkeit der Maßnahmen, zu ihrer demokratischen Legitimation und der Beteiligung der Parlamente in dieser Pandemie-Situation sagen.

Auf der Basis wissenschaftlicher Expertise und in intensiver Beratung sind wir Länderchefs zusammen mit der Bundeskanzlerin zu dem Schluss gekommen, dass die jetzt eingeleiteten Maßnahmen die richtigen sind, um die Infektionszahlen in Deutschland wieder auf ein beherrschbares Maß zu senken. Sie sind geeignet, angemessen und erforderlich. Vor diesem Hintergrund halten wir diese Maßnahmen für den begrenzten Zeitraum von vier Wochen für verhältnismäßig und verfassungsgemäß.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete, liebe Gäste, natürlich gilt aber auch, noch nie in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat der Staat so lange und so tief in die Grundrechte seiner Bürger und Bürgerinnen eingegriffen. Deshalb habe ich großen Respekt vor anderen Auffassungen innerhalb des demokratischen Spektrums. Deshalb ist es gut und richtig, dass die rechtlichen Grundlagen für diese Eingriffe immer wieder durch die Parlamente und die Öffentlichkeit geprüft und debattiert werden. Das ist ein Zeichen der Stärke unserer

offenen und freiheitlichen Demokratie.

Ich begrüße deshalb, dass mehrere Fraktionen im Deutschen Bundestag das Bundesinfektionsschutzgesetz anpassen wollen, um Dauer und Eingriffstiefe der Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken, dass Sie, verehrte Abgeordnete, in großer Mehrheit die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie begleitet und unterstützt haben. Ich habe seit März mehrere Regierungserklärungen abgegeben. Die Landesregierung hat regelmäßig mit den Fraktionsvorsitzenden im Ältestenrat des Landtags sowie in den Ausschüssen debattiert und an den Sitzungen der Enquete-Kommission „Corona-Pandemie“ teilgenommen, die die längerfristige Perspektive im Umgang mit einer Pandemie verfolgt.

Sie als Herren und Damen Abgeordnete haben sich in vielen Sitzungen mit dem Corona-Nachtragshaushalt befasst. Der Haushalt ist eine der zentralen Handlungsgrundlagen der Regierung. Er wird hier im Parlament beschlossen. In Rheinland-Pfalz ist der Landtag zu den Corona-Maßnahmen also regelmäßig und umfassend beteiligt worden. Wer deshalb in diesem Parlament behauptet, er sei nicht einbezogen worden oder das Handeln der Regierung sei selbstherrlich, verbreitet wider besseren Wissens Fehlinformationen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der
CDU)

Als Regierung kommen wir unserer Verantwortung umfänglich nach. Rheinland-Pfalz erfüllt die Aufgaben, die uns das Bundesinfektionsschutzgesetz überträgt. Damit handeln wir klar auf der Basis der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik.

Zum Schluss ist mir wichtig zu betonen, die Stärke unseres Landes in dieser Pandemie liegt auch in der Stärke unserer Städte und Kommunen. Ich bin mit unseren Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen und den Landräten und Landrätinnen, mit den Gesundheitsämtern und Krankenhäusern im engen Kontakt. Sie alle leisten Hervorragendes, oft bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit. Die Taskforces vor Ort, die vom Präsidenten des Landesamts für Soziales, Jugend und Versorgung gesteuert werden, haben beste Arbeit gemacht. Für all das sage ich auch an dieser Stelle herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Herren und Damen, vor uns liegen leider harte Wochen. Es gibt aber auch Grund für Zuversicht. Zusätzlich zu den bekannten PCR-Tests liegen jetzt sogenannte Antigen-Schnelltests vor. Sie ermöglichen gerade in Einrichtungen der Pflege schnelle Basistests von Bewohnern und Bewohnerinnen, Beschäftigten und Besuchspersonen. Die Welt schaut auch mit großer Hoffnung auf die Mainzer Firma BioNTech, die bei der Entwicklung eines Impfstoffs schon sehr weit gekommen ist.

Vor allem aber setze ich auf Sie, auf die Menschen in Rheinland-Pfalz. Ich weiß, dass die Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälzerinnen zusammenhalten, wenn es darauf ankommt, dass sie nicht nur sich selbst sehen, sondern wissen, dass jeder und jede, der oder die sich nicht an die Schutzmaßnahmen hält, auch andere gefährdet.

Ich bedanke mich für das Engagement so vieler: bei den Ärzten und Ärztinnen, dem Pflegepersonal, den Busfahrern und Busfahrerinnen, den Verkäufern und Verkäuferinnen und den vielen, vielen Ehrenamtlichen. Wenn ich auf die Menschen in unserem Land schaue, bin ich zuversichtlich. Gemeinsam sind wir stärker als das Virus.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD, der FDP und
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion hat deren Vorsitzender, Abgeordneter Baldauf, das Wort.

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zusammenhalt: Dieses Wort hat für uns eine neue, eine andere Bedeutung erlangt. Wir halten zusammen, indem wir einander fernbleiben. Zusammenhalt bedeutet, auf Begegnungen, die nicht zwingend erforderlich sind, zu verzichten. Die Kurve muss erst wieder abflachen. Dieses Ziel ist es, das Bundeskanzlerin Angela Merkel Deutschland vorgegeben hat. Eine Notbremsung, die Infektionsraten dürfen nicht außer Kontrolle geraten.

Was die Bundesregierung gemeinsam mit den Länderchefs beschlossen hat, trifft jeden von uns. Ein schwieriger November steht an. Wieder fahren das öffentliche Leben und das private Leben runter und damit vieles, was für eine Gesellschaft gutes Leben ausmacht. Corona verbreitet sich dort, wo Menschen gern zusammen sind.

An die Stelle von Gemeinsamkeit treten deshalb soziale Distanz, Arbeits- und Kontaktverbote, Schutzvorkehrungen und viele Sorgen. Ich weiß, dass vorgestern Tränen geflossen sind, bei alten Menschen, die Angst vor einer weiteren Zeit der Einsamkeit und der Isolation haben, bei der Reinigungskraft im Hotel, das schließt, und bei Künstlern, die gestern Veranstaltungen absagen mussten.

Da sind im Moment in Deutschland viele Menschen, die sich ungerecht behandelt fühlen und nicht verstehen, warum Schulen und Kindergärten aufbleiben dürfen und Theater, Opern, Kinos oder Fitnessstudios dicht machen müssen. Vor allem bei Betreibern und Mitarbeitern von Restaurants, Cafés und Kneipen macht sich existenzielle Angst breit. Viele fragen sich: Wie soll ich das nur schaffen? Wir haben uns so viel Mühe gegeben, Hygieneregeln eingehalten und umgebaut, ein neues Lüftungssystem, Infrarotstrahler und Trennwände. Jetzt soll das alles umsonst gewesen sein?

Jeden Abgeordneten erreichen verzweifelte E-Mails. Wir verstehen die Enttäuschung, gerade weil es um die wirtschaftliche Existenz und den Fortbestand des eigenen, manchmal über Generationen geführten Betriebs geht. Da hat man alle Kraft eingebracht, und dann wird zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres der Stecker gezogen. Ja, manche Maßnahmen treffen die einen härter als die anderen. Manche Maßnahmen mögen auch widersprüchlich sein. Das ist schwer zu ertragen.

(Beifall der CDU)

Deshalb sind Überbrückungshilfen so wichtig. Deshalb ist es überlebensnotwendig, Beschränkungen und Umsatzeinbußen mit schnellen finanziellen Hilfen abzufedern, um Arbeitsplätze zu retten. Aber genauso klar ist, wir werden in den nächsten Wochen mit diesen Einschränkungen fertig werden müssen; denn wir stecken tief in der zweiten Pandemie-Welle. Die Zeit zu handeln ist jetzt und keine Woche später.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg war die Situation für Bürgerinnen und Bürger, politische Entscheidungsträger so herausfordernd wie heute. Orange, rot, dunkelrot, überall verfärbt sich die Landkarte. Die Infektionszahlen gehen steil nach oben. Deshalb sind die Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder notwendig, um Leben zu retten.

(Beifall der CDU)

Natürlich diskutieren wir Entscheidungen. Das ist wichtig und geboten. Wir versuchen, Beschlüsse zu verbessern und machen Vorschläge für die nächsten Tage und Wochen, in die wir die aktuellen Entwicklungen mit einbeziehen. Doch wir dürfen die beschlossenen Einschränkungen aus heutiger Sicht nicht infrage stellen.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben im Moment doch gar nicht die Zeit, bis ins letzte Detail ausbalancierte Strategien zu erarbeiten. Wir haben dann offenstanden auch nicht das Wissen. Vielmehr stehen wir vor einem nationalen Kraftakt, für den es keine Blaupause gibt, nicht in der Politik, nicht in der Wissenschaft, nicht in der Wirtschaft. Deshalb brauchen wir immer wieder Analysen, Erkenntnisse, Studien und Vergleiche mit anderen Ländern. Auch das ist wichtiger Teil einer Bekämpfungsstrategie.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen in der Pflicht, den Kampf gegen Corona mit aller Kraft zu führen, den Kampf um die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger, um Sicherheit und Arbeitsplätze, um die Bildung unserer Kinder und jungen Menschen, um ihre Chancen und ihre Zukunft.

Die Dynamik des Infektionsgeschehens lässt uns keine andere Wahl. Die Zahl der Patienten, die intensivmedizinisch behandelt werden, hat sich binnen zehn Tagen verdop-

pelt. Mediziner haben gestern deshalb eindringlich vor einer Überlastung der Kliniken gewarnt und zugleich die Beschlüsse von Mittwochabend begrüßt. Ginge die Dynamik so weiter, wäre die Intensivmedizin in wenigen Wochen überfordert. Das gilt es unter allen Umständen zu verhindern, Bilder von Sterbenden, die in Fluren liegen und nicht versorgt werden.

(Beifall der CDU, bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dafür gibt es die harten Einschnitte. Während wir hier in der Halle diskutieren, sterben Menschen an Corona, Tausende weltweit. Wer immer noch meint, die Gefährlichkeit der Corona-Pandemie zu leugnen, sollte sich schämen.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich war – und bin es immer noch – über den Auftritt von Alexander Gauland gestern im Bundestag erstaunt.

(Zurufe von der AfD)

Er warf Angela Merkel eine Corona-Diktatur vor, den Menschen Angst zu machen. Gauland sprach von Kriegspropaganda und meinte, auch im Autoverkehr würden Menschen sterben.

(Zuruf der Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist an Zynismus nicht zu überbieten. Das ist menschenverachtend.

(Beifall der CDU, der SPD und bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man stelle sich das vor, schon jetzt will die AfD abwägend in Kauf nehmen, Menschen sterben zu lassen, sie abzuschreiben, über Bord zu werfen.

(Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD: Das ist ja
unfassbar! –
Weitere Zurufe von der AfD)

Das zeigt einmal mehr, diese Partei ist eine Partei der Verantwortungslosigkeit ohne Sensibilität für die Sorgen der Menschen, vor allem unserer älteren Mitbürger.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Schämen Sie sich.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Für die CDU-Fraktion ist die Verantwortung gegenüber jeder Rheinland-Pfälzerin, jedem Rheinland-Pfälzer, jung wie alt, Maßstab unseres Handelns.

Niemand hat sich diese Pandemie ausgesucht. Wir alle sitzen im selben Boot.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, wir haben angeboten, mit Ihnen konstruktiv zusammenzuarbeiten, um die Pandemie zu bekämpfen. Seit März haben wir zahlreiche Handlungsvorschläge und Ideen vorgelegt. Diese können so schlecht nicht gewesen sein, wie letztlich Ihr Handeln bestätigt. Denn viele Ihrer Initiativen wurden zwar zunächst abgelehnt, wenig später dann aber entweder ganz oder teilweise übernommen. Ich erinnere an die Maskenpflicht, den Pflegebonus, die Vereinsunterstützung, die Schulbussse, das Lüftungskonzept. Das ist nur eine kleine Auswahl der CDU-Vorschläge, die nach Wochen anfänglichen Wartens von der Landesregierung umgesetzt wurden.

(Beifall der CDU)

Aber heute geht es nicht darum zurückzuschauen, sondern Wege für die Zukunft aufzuzeigen.

Gesund zu bleiben, das wird auf absehbare Zeit einer der Herzenswünsche eines jeden von uns für Familie, Freunde und sich selbst sein. Dafür muss die Politik, das Land die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen.

Die Pandemie hat die Bedeutung der Gesundheitsämter neu in das Bewusstsein gerückt. Die Arbeitsbelastung hier ist enorm. Mitarbeiter sind an der Grenze dessen, was sie noch leisten können. Die Kapazitäten reichen nicht. Wichtige andere Aufgaben neben Corona bleiben auf der Strecke.

Frau Ministerpräsidentin, unterstützen Sie die Arbeit der Gesundheitsämter. Stellen Sie umgehend viel mehr Personal bereit. Unsere Gesundheitsämter sind wichtige Schaltzentralen im Kampf gegen Corona. Sie bringen die Daten. Sie verfolgen die Ketten.

(Zuruf der Ministerpräsidentin Malu Dreyer)

Deshalb bitte ich Sie, lassen Sie die Mitarbeiter vor Ort nicht im Stich.

(Beifall der CDU)

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder haben die Gesundheitsministerkonferenz beauftragt, einen Entwurf für einen Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst vorzulegen. Aufgabe des Landes ist es über dessen Umsetzung hinaus, der eigenen Verantwortung gerecht zu werden und die hausgemachten Probleme zu lösen.

Zur Sicherung auch der amtsärztlichen Versorgung und angesichts des Bewerbermangels gegenüber der Vielzahl der Kräfte, die demnächst in den Ruhestand gehen, müssen zusätzliche Medizinstudienplätze geschaffen werden.

(Beifall der CDU)

Es ist ein Stipendienprogramm für Medizinstudierende aufzulegen, die sich verpflichten, nach Abschluss des Studiums eine amtsärztliche Tätigkeit insbesondere im ländlichen Raum aufzunehmen. Bayern geht hier voran. Die Tätigkeit in den Gesundheitsämtern muss attraktiver und besser

besoldet werden. Das Landesgesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst ist jetzt 25 Jahre alt. Es sollte gemeinsam mit den Gesundheitsämtern auf einen aktuellen Stand gebracht werden. Die Pandemie zeigt, wir brauchen hier neue Standards bei der Ausstattung und eine passgenaue Aktualisierung der Aufgabenbeschreibung.

(Beifall bei der CDU)

Die Eingliederung der Gesundheitsämter in die Kreisverwaltungen hat hohe Kosten verursacht. Diese müssen gedeckt werden. Die Kommunen leisten hier schon genug.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, besonders liegen mir die Kinder und Jugendlichen am Herzen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die neuerlichen Einschränkungen nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den Beschlüssen steht wörtlich: „Schulen und Kindergärten bleiben offen, die Länder entscheiden über die erforderlichen Schutzmaßnahmen.“ Sie haben dies angesprochen, Frau Ministerpräsidentin.

Unser vordringlichstes Ziel ist, dass es zu keinen flächendeckenden Kindertagesstätten- oder Schulschließungen kommt und alle Kinder eine gleichberechtigte Chance auf Bildung haben. Das Konzept der CDU-Fraktion hierzu liegt im Übrigen seit dem 12. August 2020 vor.

Wenn Regelunterricht stattfinden soll und die Schulen und Kitas geöffnet bleiben, muss dringend der Gesundheitsschutz stimmen, der seit Monaten von der Landesregierung vernachlässigt wird.

(Zuruf der Ministerpräsidentin Malu Dreyer)

Lüften bis der Arzt kommt, kann keine Lösung sein, dafür aber die Ausstattung aller Schulen mit entsprechenden Luftreinigungsgeräten. Es gibt Alternativen, die auszuloten sind, etwa für hybriden Unterricht mit kleinen Präsenzgruppen, um das Infektionsrisiko weiter zu minimieren.

Gesundheitsämter haben noch immer unterschiedliche Regelungen für Quarantäne und Teststrategien. An ein und derselben Schule gelten aufgrund verschiedener Wohnorte für Schüler und Lehrer verschiedene Maßnahmen, was nicht nachvollziehbar ist.

Auch wenn die Situationen von Ort zu Ort sicherlich unterschiedlich sein mögen, fordert die CDU-Fraktion klare und transparente Vorgaben, wann welche Maßnahmen greifen. Alles andere sorgt bei Lehrpersonal, den Eltern sowie Schülerinnen und Schülern für Verwirrung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, seit dem ersten Lockdown sind sieben Monate ins Land gegangen. In dieser Zeit haben EL-

tern, Lehrer und Verbände immer wieder die Unentschlossenheit von Bildungsministerin Hubig kritisiert. Die CDU-Fraktion nimmt diese Sorgen sehr ernst. Wie soll der Unterricht in den nächsten Wochen ablaufen? Wie können Lehrer und Schüler pandemiesicher in den Klassenräumen arbeiten? Unsere Schulen brauchen ein passgenaues Konzept für gesunde Luft, das aus einer Kombination von Lüften, CO₂-Ampel und Luftreinigungsgeräten besteht. Es reicht nicht, wenn das Bildungsministerium lediglich regelmäßiges Lüften empfiehlt. Warum, so frage ich, teilt die Landesregierung den Schulleitern nicht endlich mit, welche Luftreinigungsgeräte besonders effizient sind?

(Beifall bei der CDU)

Es geht darum, Luftreiniger verschiedener Anbieter, aber auch Möglichkeiten der Prävention durch CO₂-Messgeräte zu überprüfen. Alles in allem ergibt einen Schuh.

Die CDU-Fraktion steht für Planungssicherheit an Schulen. Unser Anspruch ist es, die Schulträger und die Handelnden vor Ort nicht sich selbst zu überlassen.

Frau Bildungsministerin Hubig, lassen Sie die Schulen nicht schon wieder im Stich. Treffen Sie klare Entscheidungen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine weitere Großbaustelle ist der Lehrermangel. Deutlicher denn je tritt durch Corona die angespannte Personalsituation an den rheinland-pfälzischen Schulen zutage. Wir brauchen mehr gut ausgebildete Lehrer; denn schon vor Corona sind 2,7 Millionen Stunden pro Schuljahr ausgefallen. Vor allem brauchen wir eine intensivere Nachwuchsgewinnung. Wir müssen die Referendare in der Corona-Zeit viel stärker in den Blick nehmen. Die schwierigen Bedingungen dürfen nicht zulasten des Ausbildungsniveaus und nicht zulasten der Chancen der Lehrer von morgen gehen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist absehbar, dass infolge von Infektionsentwicklungen in den kommenden Monaten wieder Präsenzunterricht und Homeschooling in vielen Orten parallel erteilt werden müssen. Hat schon bisher der Lehrermangel notwendige individuelle Fördermaßnahmen und Sprachförderungen nicht in dem erforderlichen Maße ermöglicht, so verschärft sich diese Situation jetzt. Wir wiederholen an dieser Stelle ausdrücklich unseren Vorschlag, eine zusätzliche personelle Lehrerreserve, einen landesweiten Personalpool aufzubauen. Wir müssen dringend mehr Lehrer einstellen; denn im Zuge der Bekämpfung der Pandemie brauchen wir sie dringender denn je.

Erst damit wird es personell überhaupt möglich sein, kleinere Klassen mit mehr Abstand einzurichten, um unter den gegebenen Umständen so viel Präsenzunterricht wie möglich anzubieten.

Seit Monaten fordern wir eine Digitaloffensive, um die notwendigen Voraussetzungen für Homeschooling zu schaffen.

Geändert hat sich fast nichts. Nach wie vor fehlen eine landeseinheitliche und benutzerfreundliche Lernplattform und ausreichend Endgeräte für Schüler und Lehrer. Die Versäumnisse der Landesregierung gehen zulasten der Schülerinnen und Schüler in diesem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Schulbaurichtlinien. In ihrer jetzigen Ausgestaltung bremsen sie die Modernisierung. Die Verfahren sind zu langwierig. Deshalb sollten die Richtlinien umgehend flexibilisiert werden, damit Baumaßnahmen und Sanierungen in Schulen zügiger laufen. Die Richtlinien müssen zudem an Corona-Erfordernisse angepasst werden, zum Beispiel bei Fenstern, Lüftungsanlagen und der Heiztechnik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat die besseren Antworten für die Sicherstellung einer guten Bildung in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Wir möchten mehr Planungssicherheit an den Schulen des Landes. Wir möchten, dass Corona nicht die Chancen einer ganzen Schülergeneration aufs Spiel setzt.

(Beifall bei der CDU)

In vier Digitalpakten gab es viel Geld vonseiten des Bundes an das Land Rheinland-Pfalz. Das Bildungsministerium macht sich hier einen schlanken Fuß. Fast 300 Millionen Euro hat Berlin für Rheinland-Pfalz bereitgestellt, damit die Schulen bei uns im Land endlich mit Hard- und Software für Schüler und Lehrer ausgestattet werden. Und das Land? 30 Millionen Euro im Rahmen des Digitalpakts, 10 Millionen Euro für Projekte wie „Medienkompetenz macht Schule“, das war es. Wir sprechen also von 13 % im Vergleich zu 300 Millionen Euro Bundesmittel für Rheinland-Pfalz. Wie schwach. Das reicht nicht. Schulpolitik ist eine Hoheitsaufgabe der Länder. Hier haben Sie Ihre Hausaufgaben zu machen, Frau Dreyer.

(Beifall bei der CDU)

Viel zu wenig eigene Mittel gehen also in die digitale Ausstattung unserer Schulen. Das Land muss sich in viel höherem Maße als bislang an dem Ausbau der Digitalisierung an unseren Schulen beteiligen. Das macht mir ernsthafte Sorge. Gerade einmal 3.000 Endgeräte für 41.000 Lehrerinnen und Lehrer im Land stehen bislang zur Verfügung.

(Zuruf des Abg. Marco Weber, FDP)

Frau Ministerpräsidentin, davon, dass in jeder Schultasche ein digitales Endgerät gehört, sind wir leider so weit entfernt wie der 1. FC Kaiserslautern von der ersten Bundesliga.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es reicht nicht, sich auf Bundesgeldern auszuruhen.

Frau Ministerpräsidentin, es müssen schon eigene Investitionen fließen. Vorbild muss hier Bayern sein. So sehr viel eigenes Geld wie Bayern erwarte ich gar nicht. Aber es wird dort viel mehr eigenes Geld durch den Landeshaushalt dargestellt, wo auch die Zuständigkeit liegt. Es bleibt dabei. Die Betreuung der Hard- und Software für den Unterrichtseinsatz ist keine Aufgabe des Schulträgers, sondern Aufgabe des Landes.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass an den Schulen eigene Stellen für IT-Fachleute geschaffen werden. Diese sollen die digitale Technik betreuen und Lehrer von unterrichtsfremden Aufgaben entlasten.

Ohne Zweifel, Corona bringt uns einen Schub in der Digitalisierung. Damit sind Chancen verbunden, aber nur, wenn man Bildungspolitik richtig begreift. Alleine Mittel aus dem DigitalPakt zu verteilen, alleine schnellere Datenleitungen zu legen, alleine digitale Endgeräte zu beschaffen, macht Schulen nicht zu digitalen Kompetenzzentren. Digitalisierung ist Mittel zum Zweck, aber kein Selbstzweck. Digitalisierung entlastet Lehrerinnen und Lehrer nicht, Lerninhalte auf anschauliche Weise zu vermitteln. Digitalisierung entlastet Schüler nicht, Sprachen zu lernen. Digitalisierung entlastet das Kultusministerium nicht, Lehrpläne zu entwickeln, die das Ziel haben, eine solide Wissensbasis zu schaffen und fit zu machen für die Universität oder Ausbildung.

Das fängt übrigens in der Grundschule an. Hier geht es darum, dass vermittelt wird, Lernen zu lernen. Hier geht es darum, das Lesen, Schreiben und Rechnen gelernt wird. Hier geht es darum, dass Interesse für Lesen geweckt wird. Hier geht es darum, Fantasie zu fördern. Hier geht es darum, die richtigen Grundlagen für den weiteren Bildungsweg und damit zur Schaffung von Chancen und Lebenszufriedenheit zu schaffen.

Auch wenn die Corona-Bekämpfung im Moment viele Kräfte bindet, entlastet sie uns nicht, diese wesentlichen Zukunftsanliegen in das Zentrum unseres Handelns zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kindertagesstätten und Schulen, Bildungseinrichtungen, Handel, Handwerk und Dienstleistungen, diese Bereiche können unter strengen Auflagen offen bleiben. Hier geht das Leben weiter, wie immer möglich. Andere – ich habe es eben bereits ausgeführt – trifft es in diesem November härter. Wir als CDU sagen eindeutig, wenn der Staat Schließungen verordnet, müssen die Betroffenen entschädigt werden.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb begrüßen wir die angekündigten Hilfen der Bundesregierung, bis zu 75 % der Umsatzeinbußen im Vergleich

zum November 2019 zu kompensieren. Dieser wirklich enorme Kraftakt kann nur gelingen, wenn alle staatlichen Ebenen sich daran beteiligen. Wenn es zur Ergänzung der Hilfen notwendig sein sollte, fordern wir die Landesregierung dazu auf, anders als beim ersten Lockdown in signifikantem Maße Landesmittel zur Verfügung der Betriebe beizusteuern.

(Beifall bei der CDU)

Damals erklärte die Landesregierung, sie halte das Pulver für den Herbst trocken. Jetzt ist es an der Zeit, dies einzulösen.

Neben der Ausgestaltung der Hilfen kommt es vor allem darauf an, diese zeitnah an die betreffenden Unternehmen auszuzahlen. Eine Situation wie im Mai, als Rheinland-Pfalz Schlusslicht der Bundesländer bei den Auszahlungen der Soforthilfe war, darf sich nicht wiederholen,

(Beifall der CDU)

sonst ist das wichtige Vertrauen der Unternehmerinnen und Unternehmer verspielt. Die Abwicklung der Hilfen wird jetzt erneut über die Länder organisiert. Die Landesregierung muss deshalb schon jetzt die notwendigen Vorkehrungen treffen.

Frau Ministerpräsidentin, legen Sie dem Parlament innerhalb der nächsten Woche einen Plan vor, wie Gelder schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden können. Eine DIN A4-Seite sollte dieses Mal reichen. Beziehen Sie die Finanzämter mit ein, so wie dies auch in der Vergangenheit das eine oder andere Mal erfolgreich praktiziert wurde. Das Geld muss zu den Antragstellern.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Minister Wissing, Ihnen kommt in dieser Krisenzeit eine besondere Rolle zu. Sie sind der Mann, der zuvorderst für die Wirtschaft in unserem Bundesland verantwortlich ist.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das ist auch gut so!)

In erster Linie bemühen Sie sich aber derzeit vor allem als Generalsekretär darum, öffentlich für die Bundesliberalen zu werben. Haben Sie gestern Ihren Chef Christian Lindner beraten, als er im Bundestag die Corona-Beschlüsse als völlig unverhältnismäßig kritisierte, dabei das Bild einer deformierten Demokratie und einer Kanzlerin zeichnete, die am Parlament vorbeiregiere? Das ist zu vermuten, schließlich haben Sie dem Radiosender hr-INFO ein ähnliches Interview gegeben.

(Abg. Martin Haller, SPD: Sehr mutig!)

Sie haben die Corona-Entscheidungen von Bundesregierung und der Ministerpräsidenten kritisiert und sind auf Distanz gegangen. Von einem Ritt auf Messers Schneide haben Sie gesprochen. Die Corona-Politik sei sehr schwer

mit Fakten zu erläutern.

(Zurufe von der AfD)

Es finde ein Experiment zulasten der Leute statt.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Unglaublich!)

Einmal ganz ehrlich: Ist das Ihr Ernst?

Damit stellen Sie sich nun nicht nur gegen Ihre eigene Ministerpräsidentin und fallen Ihrer Landesregierung in den Rücken, Sie stellen sich in dieser Sache in eine Situation, die die Akzeptanz der Corona-Schutzmaßnahmen in Deutschland gefährdet. Das halte ich für nicht akzeptabel.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

Herr Wissing, ist das die Rolle, die Sie für Ihre Bundes-FDP sehen? Welche Profilierung betreiben Sie da?

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, ich bin Ihnen übrigens dankbar, dass Sie noch einmal so ausführlich dargelegt haben, warum Sie es für völlig rechtmäßig und verfassungskonform halten, in dieser Art und Weise zu handeln. Aber wie arbeitet es sich eigentlich mit einem Stellvertreter zusammen, dessen Partei gemeinsam mit der AfD am 18. Juni im Deutschen Bundestag die Aufhebung der Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite gefordert hat? Die FDP des Dr. Wissing wollte die Corona-Pandemie für beendet erklären.

(Zurufe von der CDU: Unglaublich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was für eine Fehleinschätzung. Welch ein kruder Vorschlag. Das ist billigster Corona-Populismus.

(Beifall der CDU)

Ich bin tief enttäuscht von Ihnen und der FDP.

(Zurufe aus dem Hause: Oh!)

Herr Kollege Schweitzer, bei den Sätzen sind Sie das sicherlich auch.

Man kann es auf eine einfache Gleichung bringen. In Mainz trägt Wirtschaftsminister Dr. Wissing den Kurs der Landesregierung mit. In Berlin schämt sich Generalsekretär Dr. Wissing für das, was die Landesregierung entschieden hat. Auf Bundesebene fordern Sie, das Parlament in die Entscheidungen der Regierung besser einzubinden. In Rheinland-Pfalz versagen Sie als stellvertretender Ministerpräsident genau dies letztlich dem Parlament.

Die Corona-Bekämpfungsverordnungen haben Sie als Landesregierung alleine verfasst und dekretiert. Wir hatten das schnell zur Kenntnis zu nehmen. Die Meinung des Parlaments, der Opposition war Ihnen egal.

Herr Dr. Wissing, ist das die Art von Parlamentsbeteiligung,

die Sie sich für Berlin vorstellen? Worin liegt der Unterschied zwischen Bundes- und Landesebene?

(Staatsminister Dr. Volker Wissing: Das eine ist eine Verordnung, das andere ist ein Gesetz!)

Lassen Sie mich einen bemerkenswerten Tweet von Ihnen zitieren.

(Staatsminister Dr. Volker Wissing: Ich bin Jurist!)

– Wenn Sie kommen und sagen, dass eine ist eine Verordnung und das andere ein Gesetz, dann frage ich Sie, warum Sie nicht den Mut im Gesetzgebungsverfahren gehabt haben, solche Dinge zu entscheiden und das Parlament zu beteiligen. Das wäre der richtige Weg gewesen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Ich kann es Ihnen nicht ersparen. Aber lassen Sie mich einen bemerkenswerten Tweet von Ihnen zitieren: „Wenn es einige bereits überfordert, dass die FDP eine Parlamentsbeteiligung und bessere Kommunikation der Regierung einfordert, zeigt das, wie wenig gefestigte demokratische Grundprinzipien bei diesen sind und wie groß die Bereitschaft ist, Demokratie und Freiheit zu opfern.“

(Abg. Martin Brandl, CDU: Unglaublich!)

Wie fest sind eigentlich diese Grundprinzipien bei Ihnen, Herr Kollege? Für welche Parlamentsbeteiligung haben Sie sich in diesem Hause stark gemacht? Haben Sie sich dafür eingesetzt, das Parlament, die Opposition in Entscheidungen über das Pandemie-Management einzubinden? In Tweets halten Sie die hehren Prinzipien hoch, in der Praxis heißt für Sie die Beteiligung – Definition Wissing –, Landtag nimmt zur Kenntnis, was ich aufsche.

(Beifall der CDU)

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, wir haben Ihnen im März unsere Hilfe angeboten. Sie sind nicht darauf eingegangen.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Das stimmt nicht, nur nicht am Kabinettstisch!)

Angerufen haben Sie mich nicht mehr. Sie sind nicht mehr darauf eingegangen.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD –
Weitere Zurufe von der SPD –
Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

– Herr Kollege, ich weine nicht, ich stelle nur fest, keine Angst.

(Zurufe von der SPD –
Glocke des Präsidenten)

– Nein, das ist es nicht, weil ich die Kollegin an sich schätze,

aber ich meine, sie könnte ihre Politik wesentlich kollegialer gestalten als sie das tut.

(Beifall der CDU)

Sie sind nicht darauf eingegangen. Das ist die Realität. Sonst müssten Sie im Übrigen jetzt nicht alles ein wenig verändern, was Sie auch tun. Nicht die Schönzeichnung ist die Wahrheit, sondern wir waren draußen. Sie haben uns auch nicht immer regelmäßig und umfassend beteiligt.

Frau Ministerpräsidentin, erkennen Sie den Ernst der Lage? Die CDU-Fraktion stellt sich ihrer Verantwortung.

(Zuruf des Abg. Marco Weber, FDP)

Genauso wie im März geht es in diesem November um breite Solidarität und Gemeinsinn, aufeinander Acht zu geben. Das möchte ich an dieser Stelle sagen. Es ist keine einfache Entscheidung. Aber das Sie die mit allen Ministerpräsidenten zusammen mit der Bundesregierung getroffen haben, halte ich für hervorragend. Das muss ich auch einmal sagen.

(Beifall der CDU)

Unseren Bürgerinnen und Bürgern wird in der nächsten Zeit viel zugemutet.

Ich danke deshalb allen, die sich an die notwendigen Einschränkungen halten und somit anderen Menschen durch eigenen Verzicht helfen, nämlich denen, die in dieser fordernden Situation der Pandemie aufgrund ihres Alters oder wegen Vorerkrankungen auf die Solidarität der Gesellschaft und somit von uns allen angewiesen sind.

Jetzige Kontaktbeschränkungen ermöglichen uns hoffentlich eine bessere Freiheit. So gelingt es, das Gefühl der Bedrohung zu überwinden; denn Angst belastet. Deshalb brauchen wir Zuversicht; denn Zuversicht gibt uns nicht nur für unsere Gesundheit, sondern auch für unsere Seele Widerstandskraft. Die Maßnahmen mögen uns Zuversicht geben, dass die Zahlen sinken. Dafür werden sie gemacht. Ich bin mir sicher, gemeinsam werden wir diese Krise meistern.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion hat deren Vorsitzender, Abgeordneter Schweitzer, das Wort.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Lieber Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Lieber Herr Baldauf, ich will für Sie wohl überraschend einfach damit beginnen, dass ich Ihnen zustimme. Sie haben völlig recht. Die Ministerpräsidentin Malu Dreyer macht ihre Arbeit hervorragend.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn ich nicht glaube, dass Sie mir bei dem zweiten Satzteil immer noch zustimmen, will ich trotzdem sagen: Darum setzen wir uns auch dafür ein, dass sie ihre Arbeit in den nächsten Jahren fortsetzen kann.

(Beifall der SPD und der Abg. Cornelia
Willius-Senzer, FDP)

Die Lage ist ernst. Das ist ein Satz, den man nicht leichtfertig äußert, weil er immer etwas alarmistisches in sich trägt. Man kann und muss ihn aber in diesen Tagen formulieren.

Meine Damen und Herren, wenn wir alle der Regierungserklärung unserer Ministerpräsidentin aufmerksam zugehört haben, konnten wir unter anderem auch aufnehmen, dass sich unter den 18.600 Neuinfektionen in Deutschland – Stand gestern und heute – alleine 600 aus Rheinland-Pfalz befinden. Wir alle wissen, was das für die Betroffenen und deren Familien bedeutet, nämlich enorme Belastungen für die Menschen, selbst bei vermeintlich oder tatsächlich harmlosen Verläufen, die Pflege, die Krankenhauslandschaft und das öffentliche Gesundheitswesen. Ich könnte diese Reihe fortsetzen.

Darum sage ich: Ja, die Lage ist ernst. Es geht darum, die Pandemie unter Kontrolle zu halten bzw. sie dort, wo es in Deutschland geboten ist, wieder unter Kontrolle zu bringen.

Was die Kanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemeinsam diskutiert, vorgeschlagen und festgelegt hat, ist nicht der „Full stop“, den wir im Frühjahr über weite Teile hatten, aber es ist das Herunterschalten um ein oder zwei Gänge, das Verlangsamen des öffentlichen Lebens und das Ermöglichen, dass weniger Kontakte stattfinden, für eine Zeit, die ebenfalls definiert ist.

Man könnte in Deutschland Beispiele finden. Wenn wir nach Bayern schauen, zucke ich immer etwas zusammen, wenn ich in diesen Tagen von Unionspolitikern höre: Lasst uns am bayerischen Vorbild wachsen und genesen. Ich bin etwas vorsichtig, was die bayerischen Zahlen angeht. Die Rhetorik des Ministerpräsidenten steht manchmal nicht wirklich im Einklang mit den tatsächlichen Zahlen und Ergebnissen.

Ich will gar nicht so weit gehen zu sagen, das ist die Verantwortung der Landespolitik. Das sind sicherlich auch besondere Umstände. Darum sage ich: Vorsicht bei der beispielgebenden Situation in Bayern, lieber Herr Baldauf.

Ich will auch sagen: Wenn wir uns im europäischen Umland umschauen und zu unseren Freundinnen und Freunden nach Belgien schauen, wird einem schon anders. Ich bin der Ministerpräsidentin und unserer Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler sehr, sehr dankbar, dass sie erneut Angebote in guter nachbarschaftlicher Kooperation formuliert haben, um unseren Freunden in Belgien,

aber natürlich auch in allen anderen europäischen Nachbarn zu helfen.

Wer in diesen Tagen mitbekommt – vielleicht haben Sie auch im Deutschlandfunk „Das Feature“ zur Situation in Belgien gehört, was ein kleines Detail ist, aber die Situation so ungemein illustriert –, dass in den belgischen Krankenhäusern inzwischen positiv getestete Fachkräfte in der Pflege zurückgerufen werden müssen, solange sie keine Symptome haben, um wieder anpacken zu können, der sieht, in welcher Situation unsere belgischen Nachbarn sind.

Es gibt keinen Grund zur Überheblichkeit im Sinne von „Sie haben alles falsch gemacht“. Nein, sie sind womöglich nur in der Situation angelangt, in die wir auch in Deutschland kommen könnten, wenn wir nicht zu einer Verlangsamung des öffentlichen Lebens kommen. Darum ist es wichtig, dass es eine solche Paketlösung von Maßnahmen gibt. Sie ist auch schon beschrieben worden.

Lieber Herr Baldauf, Sie haben gesagt, wir dürfen sie nicht infrage stellen. Ich bin davon überzeugt, dass die Maßnahmen richtig und verhältnismäßig sind, zueinander in einem guten Abwägungsverhältnis stehen und gut flankiert sind, aber ich habe ein kleines Problem damit – auch angesichts der Debatte, die wir in den Parlamenten führen – zu sagen, man darf sie nicht infrage stellen. Wir sind doch dazu da, diese Diskussion zu führen und darüber nachzudenken, ob es vielleicht eine Alternative gegeben hätte. Ich finde, in diesen Zeiten ist es sehr, sehr gefährlich, wenn wir so oder so mit der Rhetorik der vermeintlichen Alternativlosigkeit unterwegs sind.

Ich persönlich, meine Fraktion, diese Koalition und die Ministerpräsidentin an der Spitze der Koalition sind der Meinung, das sind jetzt die richtigen Maßnahmen. Ich habe aber etwas die Sorge, dass wir Menschen verlieren, wenn wir sagen, es gibt keine Alternative dazu. Was vorgelegt wurde, ist ein kluger Vorschlag, der in einer verantwortungsvollen Abwägung durch all diese Persönlichkeiten erfolgt ist, von denen ich gerade geredet habe. Darum ist es gut, dass wir darüber diskutieren.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Da hat er recht!)

Wir sollten uns eine Diskussion darüber nicht versagen.

Meine Damen und Herren, ich will auch sagen: Worum es jetzt geht, ist der Schutz von vielen. Wir hatten diese Woche – viele von uns haben es verfolgen können – eine, wie ich finde, beachtliche Debatte im Deutschen Bundestag. Ich bin nicht der Meinung, dass nur aus einer politischen Richtung Kluges gesagt wird.

Herr Ralph Brinkhaus, der Unionsfraktionsvorsitzende, hat klugerweise gesagt: Die Mehrheit der Gesellschaft, die Starken und vermeintlich Starken, die sagen „Was will mir das denn? – Wie kann ich denn wirklich darunter leiden, wenn ich das bekomme? – Das ist doch wie ein Schnupfen. – Ich komme da auch wieder durch.“, haben aber trotzdem nicht das Recht, für all die anderen, die davon profitieren, die

in einer Weise unter Corona leiden können, die vulnerable Gruppen sind, die Risikopatientinnen und Risikopatienten sind und die nicht auf die Gunst eines positiven und leichten Verlaufs hoffen können, mit ihrer Politik so zu überrollen, dass sie sagen, alle diese Schutzmaßnahmen wollen sie nicht treffen.

Meine Damen und Herren, es ist die Verantwortung der Mehrheit im Volk, der Gesellschaft und der Politik, vor allem an die Vulnerablen und potenziell Betroffenen zu denken und deren Schutz in den Vordergrund aller Politik zu stellen.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und der Abg. Hedi Thelen,
CDU)

Wenn ich das alles in Betracht ziehe, komme ich zu dem Schluss, dass das, was vorgelegt wurde, zum richtigen Zeitpunkt maßvoll – ja maßvoll –, verhältnismäßig und in sich stimmig ist. Ich bin der Ministerpräsidentin sehr dankbar dafür, nicht nur, dass sie das eben betont hat, sondern dass sie sich auch in den Wochen und Tagen vor dem Beschluss so dafür eingesetzt hat, dass wir manche unliebsame Erfahrung des Frühjahrs, was die Wirtschaftshilfen und deren Konzeption aus Berlin angeht, nicht erneut erleiden müssen.

Jetzt könnten wir sagen, wir in der Politik haben es nicht erlitten. Viele Unternehmen haben es aber erlitten, mit denen wir eng zu tun hatten. Ich finde, es ist ein kluger und den Bundeshaushalt teuer zu stehen kommender Vorschlag – bis zu 10 Milliarden Euro ist die Summe, um die es geht –, tatsächlich 75 % der Umsatzausfälle zu kompensieren.

Nach dem, was wir bisher wissen – ein paar Details liegen fest, und ich hoffe, dass sich Herr Altmaier beeilt und alle anderen Details schnell unter die Länder bringt –, sind auch die Ausnahmen, was den Referenzmonat im Jahr 2019 und die Größenordnung der Unternehmen angeht, klug konzipiert. Ich finde, das ist ein guter Vorschlag, der es uns leicht macht zu sagen: Es ist aber eine Zumutung, wenn man Gastronom ist, wenn man Wirt ist, wenn man etwas davon versteht, wie man mit seinen Gästen umgeht, wenn man sich angestrengt, wenn man investiert hat, wenn man sagt „Ich habe doch alles richtig gemacht“ und sogar – diese Beispiele kenne ich auch – vielleicht begründbar sagen kann „In meiner Pizzeria ist keiner angesteckt worden“. Wenn man denen dann diese Zumutung zufügt, dann finde ich, ist es nur recht und billig, anständig und geboten, dass genau diese Kompensation kommt, wie sie auch auf Druck des Landes Rheinland-Pfalz und unserer Ministerpräsidentin konzipiert wurde.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg.
Cornelia Willius-Senzer, FDP)

Lieber Herr Baldauf, ich habe Sie hoffentlich nicht richtig verstanden, als Sie angedeutet haben, zu diesen 75 % müssten jetzt auch Landesanteile hinzukommen. Ich schaue jetzt

einmal in Ihre Reihe. Vielleicht erhalte ich eine Reaktion, die mir hilft.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ne!)

Ich finde, das muss man sich dann schon noch einmal genau anschauen. Das, was jetzt vorgelegt wird, bewegt sich sehr stark im europäischen Beihilferecht. Die 75 % sind nach unserer Information ganz, ganz oben an der Schwelle dessen, was überhaupt möglich ist. Jetzt frage ich mich: War es wirklich Ihr Vorschlag, dass eine andere Stelle der öffentlichen Hand, nämlich das Land Rheinland-Pfalz, zu diesen 75 % noch etwas oben drauf legt, was mit dem europäischen Beihilferecht gar nicht konform ginge?

(Unruhe bei der CDU –
Abg. Hedi Thelen und Christian Baldauf,
CDU: Hat doch keiner gesagt! –
Zurufe der Abg. Martin Haller, SPD, und
Martin Brandl, CDU)

Ich bin froh, dass Sie das jetzt präzisieren. Lieber Herr Baldauf, Sie haben natürlich gesagt, es muss auch ein Landesanteil hinzukommen, und ich bin froh, dass ich jetzt mit meiner Frage Klarheit hergestellt habe, dass das offensichtlich nicht Ihre Forderung ist. Gut so.

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Fragen Sie
doch mal Herrn Wissing!)

– Jetzt zeigen Sie wieder auf Herrn Dr. Wissing. Das haben Sie die Hälfte Ihrer Rede gemacht. Lieber Herr Baldauf, das habe ich sowieso nicht verstanden, aber ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

Teil dieses Maßnahmenpakets ist auch die übergreifende Verabredung, dass wir den Kindern, Schülerinnen und Schülern und Familien nicht erneut zumuten wollen, dass Schulen und Kitas geschlossen werden. Ich finde, wir haben uns auch in Rheinland-Pfalz gut auf diese Zeit vorbereitet. Sie haben einige Zahlen genannt, und ich will auch einige Zahlen nennen. Lieber Herr Baldauf, ich habe irgendwie den Eindruck, die Zahlen gehen etwas auseinander.

Sie haben von ungefähr 3.000 Geräten gesprochen, was die Endgeräte angeht. Letzter Stand, den ich aus einer öffentlich zugänglichen Information habe, ist: Es sind alleine in den letzten Wochen 57.000 Endgeräte in einer Größenordnung von 24 Millionen Euro bewilligt worden.

(Zurufe der Abg. Hedi Thelen und Martin
Brandl, CDU)

Natürlich ist es so, dass Bund und Länder das gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

(Heiterkeit und Zuruf des Abg. Christian
Baldauf, CDU)

Natürlich ist es so, dass es eine gemeinsame Verabredung ist, die Digitalpakete mit einer Gesamtsumme – Bundes-

und Landesmittel – von über 300 Millionen Euro in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren auf den Weg zu bringen. Das ist doch ein wirklich starker Beitrag zur Unterstützung der Digitalisierung in unseren Schulen. Wir sollten das nicht kleinreden.

(Beifall der SPD, der FDP und vereinzelt bei
dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum bin ich mir auch sehr sicher, dass wir gut daran tun, die Kitas und Schulen offen zu halten, unterstützt mit den weiteren Schutzmaßnahmen, mit 500.000 Masken und weiteren Desinfektionsmitteln. Auch die Kitas bereiten wir gut vor.

Herr Baldauf, ich fand es natürlich interessant, dass Sie uns in Ihrer sehr selbstbewussten Weise, in der Sie vorge tragen haben, eine ganze Reihe von Vorschlägen genannt haben, die diese Landesregierung vermeintlich übernommen habe. Einige Vorschläge, die den Landtag gar nicht erst erreicht haben, weil sie schon vorher gescheitert sind, haben Sie gar nicht genannt, auch im Bereich der Kitas. Sie haben die Starterklassen gar nicht mehr angeführt.

Der Vorschlag der Starterklassen ist einer, den Sie vor ein paar Tagen gemacht haben, der vom Verband Kita-Fachkräfte kassiert worden ist, weil sie gesagt haben, sie sind nicht davon überzeugt und sehen das sogar sehr, sehr skeptisch. Er hat dann den Landtag überhaupt nicht mehr erreicht. Sie haben ihn auch eben nicht mehr aufgeführt.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Thema verfehlt! –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Wird ja immer
schlechter!)

Ich will etwas Weiteres im Bereich der Maßnahmenpakete hinzufügen. Ich finde es sinnvoll, dass sich der Bund auch auf Druck der Länder und unseres Bundeslandes noch einmal genau angeschaut hat, wie es den Soloselbstständigen geht. Um diese hatten und haben wir in den letzten Wochen und Monaten manche Sorge, auch im Bereich der Kultur und der Veranstalter.

Dass Olaf Scholz gesagt hat, auch an sie werden wir denken und auch sie werden von diesen außerordentlichen Wirtschaftshilfen profitieren, darüber bin ich sehr froh. Wir wollen unseren Teil in der Abwicklung in Rheinland-Pfalz dazu beitragen, dass sie ebenfalls sehr, sehr zügig an ihre Gelder kommen.

Ich finde, wenn wir dieses Abbremsen des öffentlichen Lebens erreichen, ist es unsere Aufgabe, die Gesundheitsämter weiterhin darin zu unterstützen, dass sie ihrer Aufgabe nachkommen können, die Nachverfolgung und Unterstützung der Betroffenen zu organisieren.

Es ist auch gut, dass wir nicht erst mit der heutigen Debatte und durch das, was von der Opposition gekommen ist, sondern schon seit vielen Jahren im Gesundheitsministerium eng mit dem Bund abgestimmt an diesem sogenannten Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) arbeiten. Wir sind das einzige Land mit einer ÖGD-Quote im

Medizinstudium. Wir sind das einzige Land!

Meine Damen und Herren, wir sind das Land, das schon früher als andere Freiwillige – auch aus dem Landesdienst – aufgefordert hat, sich zu melden und die Gesundheitsämter vor Ort zu unterstützen.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Es sind viele gerade in diesen Tagen, wenn wir uns hier treffen, in den Gesundheitsämtern vor Ort und unterstützen und helfen dabei, Nachverfolgung zu betreiben, Menschen anzurufen und all das zu tun, was jetzt in diesen Zeiten der Pandemie in den Gesundheitsämtern erforderlich ist. Viele haben sich darüber hinaus gemeldet, sind aber nur noch nicht abgerufen worden.

Wir haben einen 14-tägigen Turnus, in dem sich die Landesregierung mit den Landkreisen und Gesundheitsämtern darüber austauscht, wo gerade Bedarf ist und was getan werden kann. Dort gibt es eine hohe Zufriedenheit. Deshalb sollte man nicht den Eindruck erwecken, es sei anders, wenn wir doch wissen, dass wir das eng abgestimmt mit den Kommunen machen, deren Aufgabe es schlichtweg ist, die Gesundheitsämter in ihrer Verantwortung zu organisieren.

(Beifall der SPD und des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch gerne einen Punkt ansprechen, der ebenfalls zur Sprache gekommen ist, was die Frage der Wirtschaftshilfen angeht. Lieber Herr Baldauf, Sie haben von einem Schlusslicht gesprochen, was die Wirtschaftshilfen in Rheinland-Pfalz angeht. Wie kommt es dann, dass jemand, der nun wirklich für die Wirtschaft sprechen kann, nämlich der Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, heute Vormittag in der Enquete-Kommission erneut gesagt hat, wie Rheinland-Pfalz das gemacht hat, war das richtig gut. Sie sind froh und finden es anerkennenswert, wie Rheinland-Pfalz die Wirtschaftshilfen umgesetzt hat.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP)

Lieber Herr Baldauf, ich habe das Gefühl, die CDU und auch die rheinland-pfälzische CDU waren schon einmal näher an den Akteuren des Wirtschaftslebens und der Verbände, aber ich nehme das zur Kenntnis.

(Abg. Martin Haller, SPD: Und an den Gewerkschaften und den Kirchen!)

Lieber Kollege, ich finde, Sie haben – wenn ich jetzt auch das eine oder andere anfügen musste, was mich zum Widerspruch aufgefordert hat – vieles gesagt, was richtig ist. Ich bin ebenfalls der Meinung, in diesen Tagen müssen wir eher das hervorheben, was uns zusammenbringt, als das, was uns trennt. Ich fand Ihre Rede auch an der Stelle hervorhebenswert und kann manches unterstreichen. Ich habe gleich zu Beginn meiner Rede gesagt, dass ich natür-

lich Ihre Einschätzung teile, dass die Ministerpräsidentin ihren Job richtig gut macht.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Würden Sie da was anderes sagen?)

– Herr Baldauf, ich habe Ihnen doch auch zugehört. Halten Sie es doch ein bisschen aus.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ich hör' doch zu!)

Ich will Ihnen eines sagen: Ich finde es schon bemerkenswert, wie Sie versuchen – obwohl es nicht meine Farbe ist, sage ich es trotzdem –, die rheinland-pfälzische FDP mit einer wirklichen Pirouettendrehung in die Nähe einer rechtsradikalen Partei zu rücken.

(Abg. Monika Becker, FDP: Unglaublich!)

Lieber Herr Baldauf, an der Stelle hätten Sie Gemeinsamkeiten zwischen Demokraten nicht unterpflügen dürfen, wenn Sie sie an anderer Stelle gelobt haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen auch sagen: An Ihrer Stelle hätte ich mir ein bisschen mehr Zurückhaltung auferlegt, was das Aufzeigen von Diskrepanzen innerhalb der eigenen Parteifarbe zwischen den politischen Ebenen angeht.

(Abg. Monika Becker, FDP: Genau!)

Wir erinnern uns, zumindest in der SPD-Fraktion, sehr gerne an die Kollegin Klöckner. Sie war auch einmal im Landtag. Inzwischen sitzt sie am Kabinetttisch in Berlin. Sie hat natürlich, weil es ein einstimmiger Beschluss über die Maßnahmen war, die wir jetzt in der Ministerpräsidentenkonferenz und mit der Kanzlerin diskutiert und beschlossen haben, unterstützend am Kabinetttisch die Hand gehoben. Ich kritisiere das ausdrücklich nicht. Ich will Ihnen aber auch sagen: Sie hat in einer Zeit und zu einer Stunde die Hand gehoben, in der die Landräte der CDU und Sie selbst noch das Gegenteil dessen erzählt und gefordert haben, was Frau Klöckner mit am Kabinetttisch beschlossen hat.

(Anhaltend Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Haller, SPD: Peinlich!)

Ich finde das auch gar nicht so schwierig, muss ich Ihnen sagen. Ich habe eingangs erzählt, man darf über Dinge diskutieren. Sie haben offensichtlich auch intern noch Diskussionsbedarf gehabt. Auch das ist völlig in Ordnung. Es gehört zu einer Volkspartei dazu, dass man diskutiert. Sehr plötzlich merkt man doch: Frau Klöckner und nicht Herr Baldauf hat recht. Das war das Ergebnis.

(Heiterkeit des Staatsministers Dr. Volker Wissing)

Jetzt ist es so, dass Sie aber genau das anderen vorwerfen.

Ich finde, das gehört dann doch nicht ganz zu dem, was Sie gesagt haben, dass wir als Demokraten in diesen Zeiten versuchen sollten, zumindest stückweise und soweit es uns möglich ist, den Wahlkampf zurückzufahren.

Lieber Herr Baldauf, ich finde, was Sie zur FDP gesagt haben, war sehr viel mehr Wahlkampf, als wir in den letzten Wochen in diesem Haus überhaupt gehört haben.

(Beifall der SPD, der FDP und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin mir sicher, dass die Menschen, die dieser Debatte vielleicht mit der persönlichen Sorge folgen, was das alles für sie mit Blick auf ihre Gesundheit bedeutet und wie es in ihrem Unternehmen oder ihrer Branche weitergeht, sicherlich vor allem jetzt keine Wahlkampfdebatte hören wollen.

(Zuruf aus dem Hause: So ist es! –
Zuruf von der SPD: Richtig!)

Darum sage ich sehr deutlich: Es ist gut, dass die demokratischen Parteien zusammenstehen. Es ist gut, dass wir uns in einer Phase der außerordentlichen Herausforderung, vor der wir stehen, auf das Gemeinsame besinnen und gemeinsam dazu beitragen, dass Akzeptanz dort wächst, wo sie noch nicht groß genug ist, und Unterstützung für diejenigen schnell gewährleistet wird, die sie benötigen.

Ich schlage uns allen vor, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten, aber zumindest in diesen Wochen bis Ende November in dieser besonderen Phase dazu beitragen, unsere Möglichkeiten im Land, vor Ort in den Kommunen und in Berlin zu nutzen, dass wir gut durch diese Phase des Lockdowns kommen und, wo möglich, die Verlangsamung der dynamischen Entwicklung erreichen, damit Menschen nicht gesundheitlich beeinträchtigt werden oder sterben müssen, und wir dann mit dieser gemeinsamen Erfahrung in die nächsten Monate gehen.

Wenn wir dann vielleicht in der Wahlkampfauseinandersetzung sind, sollten wir das, was wir jetzt vielleicht gemeinsam erreichen können und uns jetzt ausmacht und prägt, beibehalten. Ich würde mir das wünschen, weil ich glaube, in diesen Zeiten geht es darum, Kraft für unser Land und die Menschen in unserem Land zu finden, die jetzt wirklich darauf hoffen, dass Politik verantwortungsvolle Entscheidungen trifft und sie dabei mitnimmt.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltend starker Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Frisch das Wort.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bereits am Mittwoch um 15.10 Uhr hat die AfD-Fraktion in einer Pressemitteilung eine Sondersitzung des Landtags gefordert. Nur 30 Minuten später bat die Staatskanzlei darum, eine solche Sitzung anzuberaumen.

(Zuruf aus dem Hause: Ja, ja!)

War es die Einsicht in die Notwendigkeiten der außergewöhnlichen Situation oder der reflexartige Wunsch, der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen?

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Ne!)

Fakt ist: Auch die Landesregierung verschließt sich nicht länger der fundamentalen Kritik, die in den letzten Wochen am Corona-Management der Politik laut geworden ist; denn es ist nicht das Recht der Bundeskanzlerin, von Berlin aus ex cathedra über die Geschicke unseres Landes in dieser existenziellen Krise zu bestimmen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ich kann es echt nicht mehr hören!)

Es fällt nicht in die Zuständigkeit des Gesundheitsministers, per Verordnung einschneidende Auflagen für unsere Wirtschaft zu erlassen und bürgerliche Freiheitsrechte dauerhaft einzuschränken. Es ist auch nicht die Sache eines in der Verfassung nicht vorgesehenen Gremiums namens „Kanzlerin mit Ministerpräsidenten“ darüber zu befinden, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um den aktuellen Herausforderungen angemessen und im Rahmen unserer Rechtsordnung zu begegnen.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, nein, dies alles zu tun, ist in unserem demokratischen Staat ganz allein Aufgabe der Parlamente. Es ist die Aufgabe des Deutschen Bundestags und der Länderparlamente, darüber zu entscheiden, welche potenziellen Gefahren unter welchen genauen Umständen welche staatlich verhängten Einschränkungen rechtfertigen. Dass dies in den ersten Wochen der Pandemie unterblieben ist, leuchtet ein. Spontane Notsituationen erfordern ein schnelles Handeln, und hier ist in der Tat die Exekutive gefordert.

Dass aber inzwischen über viele Monate hinweg schwerwiegende Maßnahmen bis hin zu massiven Eingriffen in die Grundrechte unserer Bürger an den Parlamenten vorbei beschlossen wurden, ist mehr als eine demokratische Zumutung. Meine Damen und Herren, das ist vielmehr ein verfassungsrechtlicher Skandal, den es umgehend zu beenden gilt.

(Beifall der AfD)

Wichtige Entscheidungen müssen in einer funktionierenden Demokratie von denjenigen getroffen werden, die vom Volk dafür legitimiert sind. Sie brauchen eine von den Parlamenten gelegte gesetzliche Grundlage, die permanent überprüft und notfalls korrigiert werden muss. Es ist außerordentlich bedenklich, dass wir die Regierenden nach

dem Jahr 2015 erneut an diese fundamentale Gegebenheit unserer Verfassung erinnern müssen.

(Beifall der AfD)

Deshalb ist es gut und notwendig, dass wir heute hier zusammengekommen sind, um über die Dinge zu debattieren, die jetzt auf den Weg gebracht werden sollen. Es genügt aber nicht, darüber zu reden. Es genügt auch nicht, sich damit auseinanderzusetzen, wie es der Präsident eingangs formuliert hat, oder das Parlament einzubeziehen, ohne es darüber abstimmen zu lassen, wie es die Ministerpräsidentin vorhin gesagt hat.

Auch der Wissenschaftliche Dienst des Landtags kommt in seinem gestern veröffentlichten Gutachten zu dem Schluss, es falle in die Zuständigkeit des Parlaments, grundrechtsbeschränkende Verordnungen der Landesregierung in Umfang und Wirkungskdauer zu kontrollieren und gegebenenfalls einzugreifen.

Folgerichtig haben wir einen Antrag eingebracht, der Landtag möge auf Grundlage von Artikel 80 Abs. 4 Grundgesetz beschließen, die Entscheidung über zu treffende Corona-Maßnahmen und Auflagen an sich zu ziehen. Wir werden eine namentliche Abstimmung über diese Vorlage beantragen; denn damit kommt es zum Schwur.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ach Gott!
Jo!)

Meine Damen und Herren, Sie alle können und müssen dann zeigen, ob es Ihnen mit Ihrer Kritik an der mangelnden Beteiligung der Legislative und Ihren Bekenntnissen zur Demokratie und zur Rolle des Parlaments ernst ist, die Sie in diesem Hause immer wieder abgelegt haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Ich bin mir sicher, die Bürger unseres Landes werden genau hinschauen, wer sich gegen diesen Vorschlag stellt, der nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit unserer parlamentarischen Demokratie einfordert.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, die gestern beschlossenen Verschärfungen des Ausnahmezustands werden gravierende Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, das soziale und kulturelle Leben und unseren persönlichen Alltag haben.

Allein daraus ergibt sich die Verpflichtung, sorgfältig abzuwägen und die Notwendigkeit dieser Maßnahmen unter Berücksichtigung aller wesentlichen Aspekte zu begründen; und schon hier beginnen unsere Zweifel. Die Anordnung eines neuerlichen, beschönigend als light bezeichneten Lockdowns stützt sich in erster Linie auf die gestiegene Zahl der positiven Testungen.

Dabei wissen wir alle, wie fragwürdig die Resultate eines PCR-Tests sind, der eine nicht unerhebliche Rate von falsch positiven Ergebnissen hat, wie auch Gesundheitsminister

Spahn eingestehen musste; ein Test, der selbst bei korrekter Aussage lediglich einen Kontakt mit dem Virus beweist, aber keineswegs eine Infektion oder gar eine ernsthafte Erkrankung dokumentiert und bei dem die Anzahl der positiven Ausgänge natürlich in Beziehung zu in den letzten Wochen stark gestiegenen Testzahlen gesetzt werden muss, um überhaupt aussagekräftig zu sein.

Vor allem aber dürfen nicht die positiven Testergebnisse das entscheidende Kriterium für die Gefährlichkeit einer Infektion sein, sondern in erster Linie die Auswirkungen, die sie auf die betroffenen Menschen hat. Ernsthafte Erkrankung, Hospitalisierung, Intensivbehandlung oder Tod, das sind die Parameter, die ausschlaggebend dafür sind, wie bedrohlich das Virus wirklich für unsere Bevölkerung ist.

(Beifall der AfD)

Hier stellt sich die Situation deutlich weniger dramatisch dar, als es in Regierungsverlautbarungen klingt. Die Zahl der wegen COVID-19 in den Krankenhäusern behandelten Patienten hat zwar zugenommen, so wie es zu Beginn des Winters aufgrund viraler Infekte seit jeher üblich ist,

(Abg. Marco Weber, FDP: Ui, ui!)

aber sie ist weit davon entfernt, unser Gesundheitssystem zu überlasten. Gleiches gilt für die Intensivmedizin, in der es nach wie vor ausreichend freie Kapazitäten gibt.

Was die Todesfälle betrifft,

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

so hat der renommierte Epidemiologe Professor Ioannidis von der Stanford University, einer der meistzitierten Wissenschaftler weltweit, erst kürzlich in einer von der WHO veröffentlichten Studie nachgewiesen, dass COVID-19 maximal mit einer Letalität von 0,2 % einhergeht. Betrachtet man nur Bevölkerungsgruppen mit Menschen unter 70 Jahren, beträgt die durchschnittliche Rate sogar nur 0,05 %. Die stark erhöhte Sterblichkeit bei alten Menschen liegt in den meisten europäischen Ländern und den USA in einer großen Anzahl von Todesfällen in Pflegeheimen begründet, die mit entsprechenden Maßnahmen hätten verhindert werden können.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Mit anderen Worten: Die Corona-Pandemie ist keineswegs fünfmal tödlicher als die Grippe,

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

wie RKI-Chef Wieler behauptet hat, sondern bewegt sich im Rahmen dessen, was eine schwere Influenza in der Vergangenheit an Opfern gefordert hat.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD:
Verharmlosung! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage das nicht, um das Virus zu verharmlosen oder die Lage zu relativieren.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das haben Sie doch gerade getan! – Weitere Zurufe von SPD und CDU)

Ich sage das deshalb, weil wir diese gesundheitlichen Gefährdungen abwägen müssen gegen die negativen Folgen, die mit den jetzt ergriffenen Maßnahmen verbunden sind; und diese Folgen sind von erheblicher Tragweite.

(Zuruf des Abg. Marco Weber, FDP)

Schauen wir auf unsere Wirtschaft. Sie leidet immer noch schwer unter den Folgen des letzten Lockdowns. 12 Millionen Erwerbstätige sind deutschlandweit aktuell für Kurzarbeit angemeldet. Das sind zehnmal mehr als in der Wirtschaftskrise 2008. Bei rund 44,5 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland sprechen wir also von jedem vierten Arbeitsplatz, der von Kurzarbeit bedroht ist.

Die Arbeitslosenzahl hat sich innerhalb eines Jahres um 650.000 erhöht. Die Quote ist hier von Dezember 2019 mit 4,9 auf aktuell 6,4 % Ende August gestiegen. Dabei sprechen wir nicht von schnöden Zahlen, sondern von 650.000 Menschen, viele mit Ehepartnern und Kindern,

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

denen Ihre verantwortungslose und inkompetente Corona-Politik zum Schicksal wurde.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Das deutschlandweite Bruttoinlandsprodukt für dieses Jahr wird voraussichtlich um 6,5 % absinken. Bezogen auf Rheinland-Pfalz rechnet man mit einem noch deutlicheren Rückgang um 6,8 % der Wirtschaftsleistung. In Zahlen bedeutet dies, dass wir in Deutschland für 223 Milliarden Euro weniger Waren und Dienstleistungen erwirtschaften werden.

Zur oft unzureichenden Entschädigung und Unterstützung der betroffenen Unternehmen und Selbstständigen

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

hat die Bundesregierung bisher mit zwei Nachtragshaushalten eine Gesamtsumme von rund 220 Milliarden Euro für die Bewältigung der Corona-Auswirkungen beschlossen. Das führt bereits jetzt zu fünfmal so viel Schulden wie in der Finanzkrise 2008.

Rheinland-Pfalz hat ebenfalls einen Nachtragshaushalt mit 3,5 Milliarden Euro Neuverschuldung aufgelegt. Dazu kommen noch die Schulden der Kreise und Kommunen; denn auch diese müssen wegbrechende Gewerbesteuern, Einkommensteuerzahlungen und deutliche Mehraufwendungen zur Krisenvorsorge finanzieren.

Nicht zu vergessen das von allen Altparteien mitgetragene

gewaltige EU-Konjunkturpaket in Billionenhöhe mit einem deutschen Negativsaldo von 50 Milliarden Euro, die unsere Unternehmer und Bürger gut gebrauchen könnten.

Nun möchten Sie mit einem sogenannten Lockdown light Hotels, Gaststätten, Bars, Wellnessseinrichtungen, Fitnessstudios und Studios für Körperpflege, Massage und Kosmetik, der Veranstaltungsbranche, den Busunternehmen und vielen Soloselbstständigen ihre Tätigkeit untersagen.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Sie würden einfach alles laufen lassen?)

Alle diese Branchen sind nachweislich keine Corona-Verbreitungsherde und haben ausgefeilte Hygienekonzepte

(Abg. Martin Brandl, CDU: Alternativen!)

mit Desinfektion, Masken, Abstand und Entlüftung zum maximalen Gesundheitsschutz entwickelt, die zum Teil deutlich umfassender als in nicht vom Lockdown betroffenen Branchen sind.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Warum gehen denn die Zahlen hoch, wenn alles gut ist?)

Ähnliches gilt für den Einzelhandel, der zwar nicht von Schließungen bedroht ist, der aber massiv unter den neuerlichen Einschränkungen und der nach wie vor negativen Konsumstimmung leiden wird. Auch unsere Einzelhändler gehören so zu den Verlierern. Die großen Gewinner dagegen heißen Amazon und Co.

Die gestrige Aussage der Ministerpräsidentin klingt angesichts dessen wie Hohn. Ich zitiere: „Wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln, werden die Folgen für die Wirtschaft gravierend sein.“

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Nein, Frau Dreyer, ich sage Ihnen: Das Gegenteil davon ist richtig. Es ist gerade Ihr Handeln, dessen wirtschaftliche Folgen katastrophal sind.

(Zuruf der Abg. Giorgia Kazungu-Haß, SPD)

Sie setzen mit Ihrem Lockdown die wirtschaftliche Existenz von Hunderttausenden Menschen ohne jede Not aufs Spiel, und deshalb können wir Ihre Politik nur als verantwortungslos bezeichnen.

(Beifall der AfD)

Natürlich werden Sie jetzt darauf verweisen, dass es finanzielle Unterstützung für die Betriebe gibt. Bis zu 75 % des Umsatzes aus dem gleichen Vorjahresmonat sollen unbürokratisch als Überbrückungshilfe gezahlt werden. Das ist vom Grundgedanken her richtig, und deshalb stimmen wir solchen Hilfen im Sinne der Geschädigten auch grundsätzlich zu. Nach den schlechten Erfahrungen vieler Betroffener beim ersten Lockdown bleibt aber abzuwarten, ob es tatsächlich dazu kommt.

Vor allem aber stößt es auf unseren heftigen Widerstand, dass hier weitere 10 bis 15 Milliarden Euro pro Monat für einen Notstand ausgegeben werden sollen, den sie selbst herbeigeführt haben und der durch eine kluge, abwägende und vorausschauende Politik hätte vermieden werden können.

(Beifall der AfD –
Zuruf der Ministerpräsidentin Malu Dreyer)

Jetzt zahlen Sie ein horrendes Schweigegeld an die, deren Geschäft Sie gerade zum zweiten Mal ruinieren, wohl wissend, dass es ansonsten zu massiven Protesten kommen würde, erstmals im November und vielleicht in Zukunft jeden zweiten Monat, wenn dann die Zahlen nach Beendigung des letzten Lockdowns wieder einmal ansteigen und erneut massive Einschnitte notwendig werden.

Haften müssen dafür die Steuerzahler, wir alle, und angesichts der astronomischen Verschuldung auch noch unsere Kinder und Enkel. Deshalb ist es unaufrichtig, Frau Ministerpräsidentin, wenn Sie von Solidarität und Zusammenhalt reden, im gleichen Atemzug aber eben jene Solidarität mit den kommenden Generationen aufkündigen.

(Beifall der AfD)

Das machen wir als AfD nicht mit; denn wir stehen für eine verantwortungsvolle Politik auf Bundes- wie auf Landesebene.

(Abg. Giorgia Kazungu-Haß, SPD: Jetzt
aber nicht übertreiben! –
Heiterkeit bei SPD und CDU)

Schauen wir auf den Tourismus und die Gastronomie.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Schon jetzt verzeichnen wir im Tourismussektor seit März Wertschöpfungsverluste in Höhe von 620 Millionen Euro.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Die Wirtschaftsauskunftei Bürgel warnte erst gestern vor deutlich mehr Pleiten in der rheinland-pfälzischen Gastronomie. 12,5 % der Restaurants, Gaststätten, Imbisse und Cafés im Land seien insolvenzgefährdet, heißt es in ihrer Analyse. Die unseligen Debatten um Beherbergungsverbote haben bereits die Herbstsaison weitgehend kaputt gemacht. Nun sind auch noch die letzten Hoffnungen für das ohnehin massiv schwächelnde Advents-, Weihnachts- und Silvestergeschäft dahin.

DEHOGA-Präsident Haumann ist über die Entscheidung, Gastronomie und Hotellerie erneut zu schließen, aus guten Gründen entsetzt und erklärte gegenüber der Rhein-Zeitung vom Mittwoch wörtlich: „Merkel ist auf einem Irrweg.“ Bezeichnenderweise spricht er von der Methode Vorschlaghammer, die ausgerechnet jene Branche trifft, die wie kaum eine andere in Schutzmaßnahmen investiert, mit hohem Aufwand Hygienekonzepte umgesetzt und monatelang ums nackte Überleben gekämpft hat. Kein Infektions-

treiber, sondern vorbildlich in der Umsetzung geforderter Maßnahmen, und trotzdem der Prügelknabe einer Regierungspolitik, die Realität und Rationalität offensichtlich völlig aus den Augen verloren hat, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Entsprechend unmissverständlich unterstützt die AfD-Fraktion das Vorhaben des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands Rheinland-Pfalz, gegebenenfalls gegen die geplanten Komplettschließungen zu klagen; denn der zweite Lockdown trifft gerade das für unser Bundesland außerordentlich wichtige Gastgewerbe ökonomisch wie psychologisch mitten ins Herz.

Meine Damen und Herren, wir erklären uns solidarisches mit allen durch das unverantwortliche Corona-Krisenmanagement der Regierenden in Mainz und Berlin nicht selten existenziell betroffenen Berufsgruppen, mit den Gastronomen und Hoteliers, mit der gesamten Reise- und Veranstaltungsbranche, aber auch mit Einzelhändlern, Kulturschaffenden und Kinobetreibern, Schaustellern, Taxifahrern, Soloselbstständigen und vielen, vielen anderen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir auf Kultur und Gesellschaft. Unsere Theater, Opern und Konzerthäuser müssen trotz amtlich zertifizierter Hygienekonzepte erneut schließen, und man höre und staune: Selbst das dem politischen Establishment ansonsten so überkorrekt nahestehende Staatstheater in Mainz teilte am Mittwochabend mit, dass man die zweite Lockdown-Entscheidung – anders als noch im Frühjahr – nun nicht mehr mittrage. Es sei eine „sinnlose Maßnahme“, schreibt die Theaterleitung. Nachgewiesenermaßen habe sich niemand in einem Theater oder Opernhaus mit COVID-19 angesteckt.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Das können die gar
nicht sagen!)

„Darum werden wir auch nicht mit virtuellen Formaten im Internet den analogen Phantomschmerz mildern“,

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

heißt es wörtlich in einem Protestbrief.

Auch darüber hinaus fällt es dieser Tage nicht schwer, den kulturpolitischen Zorn mit zu fühlen, den Wolfgang Herles auf Thichys Einblick bereits am 22. August in aller Deutlichkeit ausgedrückt hat.

(Abg. Martin Haller, SPD: Das ist ja wohl ein
Witz!)

Ich zitiere: „Wir werden regiert von kulturlosen Banausen. Und niemand fällt Ihnen in den Arm. Zur Erinnerung: Im deutschsprachigen Raum gibt es etwa so viele Opernhäuser wie im Rest der Welt.“

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ist das Zitat schon zu Ende?)

Es glaube doch niemand, diese ohnehin auf (...) Subventionen angewiesene Branche werde unbeschadet überleben, wenn das Virus (...) bis ins nächste Jahr oder länger hysterische Restriktionen auslöst. Die nun folgende Rekordverschuldung auch der öffentlichen Hand wird nicht wenige Opernhäuser und Orchester hinwegfegen.“

Auch die Kinobetreiber in Rheinland-Pfalz warnen vor den katastrophalen Folgen einer Schließung, die völlig unnötig sei; denn bisher habe es keine Infektionen in Kinos gegeben. „Es gibt kaum einen sichereren Ort als ein Kino“, so Sabine Weiler, Geschäftsführerin des Metropol-Kinos in Neuwied. Die Häuser seien gut belüftet, die Abstandsregelungen klar gewahrt und Hygienekonzepte selbstverständlich. Überdies hält sich der Publikumsandrang schon seit vielen Wochen in sehr engen Grenzen. Angesichts all dessen sei man fassungslos über die getroffenen Maßnahmen, hieß es auch beim Hauptverband Deutscher Filmtheater.

Gesamtgesellschaftlich beklagen wir als AfD ein um sich greifendes Klima der sozialen Vereinzelung und Vereinsamung, das nicht zuletzt die Alten, Kranken und Schwachen trifft, aber auch den Kindern, Jugendlichen und Studenten wertvolle Erfahrungen und Lebensfreude raubt. Dieses bedrückende Klima drosselt nicht nur auf fatale Weise das Wirtschaftsleben, sondern gefährdet längerfristig unsere Gemeinschaft in ihren Grundfesten, indem durch unverhältnismäßige, radikale Beschränkungen von Bewegungsfreiheit und erlaubten Gruppengrößen der soziale Austausch minimiert wird.

Die Schwere der Krise mit all ihren konkreten Herausforderungen für die beiden letzten Monate dieses Jahres, für 2021 und zweifellos weit darüber hinaus lässt sich daher nicht allein in Zahlen ausdrücken. Natürlich können wir die bereits eingetretenen volkswirtschaftlichen Einbrüche beziffern, desgleichen die unermesslich hohen neuen Schuldenberge, an deren Rückzahlungsmöglichkeit wohl niemand mehr ernsthaft glaubt. Doch was es auf der emotionalen Ebene wirklich bedeutet, wenn vor unseren Augen beispielsweise die deutsche Kinokultur in die mit Abstand schwerste Krise der Nachkriegszeit hinein gezwungen wird, das dürfte kaum jemandem bewusst sein.

Schauen wir auf die Schulen, und nein, ich werde meine Redezeit nicht dazu nutzen, hier unser bildungspolitisches Wahlprogramm zu präsentieren, wie Herr Baldauf das eben für die CDU getan hat.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Will auch keiner hören!)

Wir begrüßen sehr, dass die Schulen bis auf Weiteres geöffnet bleiben sollen, und wir hoffen, dass Sie, Frau Ministerin Hubig, bei Ihrer Linie bleiben und auch als KMK-Vorsitzende dafür kämpfen werden; denn der Präsenzunterricht kann nicht durch Fernunterricht oder Konzepte des digitalen Lernens ersetzt werden.

Unterricht im Klassenraum ist nicht nur bloße Wissensvermittlung, es ist ein soziales Geschehen und eröffnet Möglichkeiten gemeinsamen Lernens, die für die schulische Bildung unverzichtbar sind. Der Lehrer als Moderator und kompetenter Ansprechpartner, Gespräche und Diskussionen im Klassenverband, Arbeiten in der Gruppe, naturwissenschaftliche Experimente in Physik und Chemie, all das ist im Heimunterricht nicht umsetzbar, aber es macht einen wesentlichen Teil des Lernerfolgs unserer Schüler aus.

Schule ist der Raum, in dem alle Kinder und Jugendlichen Kontakt zu Gleichaltrigen haben. Gerade wenn ansonsten Kontaktbeschränkungen gelten und Sport- und Kulturstätten schließen müssen, wird die Schule zum wichtigsten Ort sozialer Interaktion. Diesen Ort dürfen wir unseren Kindern nicht nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Das ist auch gar nicht notwendig; denn die Zahlen belegen eindeutig, dass Schulen keine Hotspots sind. Frau Hubig hat selbst darauf hingewiesen, dass es seit Beginn der Sommerferien bisher nur einen einzigen Fall gegeben hat, in dem eine Corona-Infektion in der Schule übertragen worden ist. Warum sie dann trotzdem die Maskenpflicht im Unterricht eingeführt hat, erschließt sich uns nicht. Frau Ministerin, wo sind die evidenzbasierten Fakten, die belegen, dass dadurch das Infektionsgeschehen an Schulen und das von dort ausgehende Risiko substantiell reduziert werden kann?

Sicher dagegen ist, dass das Tragen einer Maske über lange Stunden hinweg für viele Kinder physisch wie psychisch belastend ist und nicht nur die nonverbale Kommunikation dadurch spürbar eingeschränkt wird. Bei falscher Handhabung – unter Kindern vielleicht eher die Regel als die Ausnahme – können Masken sogar ein Infektionsrisiko darstellen. Infolgedessen warnen nicht wenige Experten davor, eine generelle Maskenpflicht an Schulen könne mehr schaden als nützen. Deshalb unsere klare Forderung an Sie, Frau Ministerin: Nehmen Sie diese Argumente ernst, befreien Sie unsere Kinder von der Maske, und lassen Sie sie wieder unbeschwert gemeinsam lernen.

(Beifall der AfD)

Schauen wir schließlich auf die Grundrechte. Dass sie zurzeit ohne gesetzliche Grundlage eingeschränkt werden, habe ich bereits erwähnt. Dies allein ist schon ein Skandal. Vor allem aber stellt sich die Frage, inwiefern solche Einschränkungen notwendig und verhältnismäßig sind. Dabei spreche ich weniger vom Mund-Nasen-Schutz, obwohl auch er für viele eine Belastung darstellt.

Nein, ich spreche vor allem von Reise- und Beherbergungsverboten, von Einschränkungen der freien Berufsausübung und von der teilweisen Aufhebung der Versammlungsfreiheit. Alles substanzielle Freiheitsrechte, die zum Kernbestand unserer demokratischen Ordnung gehören. Hier braucht es eine sorgfältige Abwägung zwischen die-

sen Grundrechten und den berechtigten Interessen des Gesundheitsschutzes.

(Beifall der AfD)

Unsere Haltung ist klar: Das, was jetzt beschlossen wurde, ist in weiten Teilen weder angemessen noch verhältnismäßig. Es ist nicht ausreichend begründet, es ist zu weitgehend, und es ist keineswegs alternativlos. Der ehemalige Richter am Landesverfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz, Professor Hufen, hält die Beschlüsse, die die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin in einer Telefonschaltung gefasst haben, für verfassungsrechtlich problematisch. Gegenüber der Allgemeinen Zeitung sagte er, ich zitiere: „Wenn ich meine Meinung in den Raum stellen darf: Dieses so breite Verbot der Gastronomie ist eindeutig verfassungswidrig.“

Selbst unser Wirtschaftsminister hat von einem „Ritt auf Messers Schneide“ in verfassungsrechtlicher Hinsicht gesprochen, allerdings nur in Berlin, in seiner Funktion als neuer FDP-Generalsekretär. Herr Dr. Wissing, es wäre schön, wenn Sie den Mut aufbringen würden, auch hier in Mainz in der Ampelkoalition die Fahne der Freiheit hochzuhalten.

(Beifall der AfD)

Aber das tun Sie genauso wenig, wie es Ihre Fraktion in den vergangenen viereinhalb Jahren in diesem Parlament getan hat. Die ehemalige Partei der Freiheit und der Bürgerrechte hat längst abgedankt und ihr Profil gegen Ministersessel und Regierungsbeteiligung getauscht.

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Eine Frechheit!)

Liberal war gestern, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Nicht einmal in dieser existenziellen Krise von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit meldet sich die FDP konsequent zu Wort. Eine solche Partei braucht niemand, meine Damen und Herren, auch deshalb nicht, weil die Verteidigung bürgerlicher Freiheiten gegenüber dem Staat inzwischen bei der AfD gut aufgehoben ist.

(Beifall der AfD)

Das ist gut und wichtig so; denn wenn man sich anschaut, welche Blüten die Corona-Panik mittlerweile bei den Berliner Regierungsparteien treibt,

(Zuruf des Abg. Marco Weber, FDP)

dann kann einem Angst und Bange werden.

(Zuruf der Abg. Giorgia Kazungu-Haß, SPD)

Herr Seehofer, der zu keinem Zeitpunkt in der Lage war, unsere Grenzen gegen illegale Einwanderung zu schützen, setzt jetzt auf strenge Grenzkontrollen und Schleierfah-

ndung gegen die eigenen Bürger, die aus dem Urlaub nach Hause kommen. SPD-Gesundheitsexperte und Verbotsfanatiker Lauterbach – die Stichworte Lauterbach und Verbot führen zu 487.000 Treffern bei Google –

(Zuruf des Abg. Marco Weber, FDP)

fordert sogar Kontrollen in Privaträumen und denkt laut darüber nach,

(Zuruf der Abg. Giorgia Kazungu-Haß, SPD)

die grundgesetzlich garantierte Unverletzlichkeit der Wohnung einzuschränken.

(Abg. Martin Haller, SPD: Sie wissen ja, dass das nicht stimmt, aber Sie erzählen es halt trotzdem!)

Ist das Ihre Vorstellung von einem Rechtsstaat, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion?

(Abg. Martin Haller, SPD: Was Sie sich unter einem Rechtsstaat vorstellen, weiß ich! –
Zuruf der Abg. Giorgia Kazungu-Haß, SPD)

Was kommt als nächstes?

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Corona-Polizei, die uns nachts um zwei aus dem Bett klingelt, um zu überprüfen, ob wir auch einen Mund-Nasen-Schutz tragen?

(Zuruf des Abg. Johannes Kломann, SPD, und weitere Zurufe von der SPD)

Oder Drohnen zur Überwachung der Corona-Regeln aus der Luft, wie es in Nordrhein-Westfalen unter einem CDU-Innenminister bereits heute praktiziert wird?

(Zuruf von der SPD: Aluhut!)

Nein, meine Damen und Herren, das ist nicht unsere Vorstellung von einer angemessenen staatlichen Strategie zur Bekämpfung einer Gefahr, der wir jedenfalls nur auf dem Boden unserer Rechtsordnung begegnen wollen.

(Beifall der AfD)

Wir setzen nicht auf Panikmache, undifferenzierte Maßnahmen, unverhältnismäßige Beschränkungen und rigide Verbote. Wir setzen auf Vernunft und Eigenverantwortung, und wir setzen auf zielgenaues und effektives Handeln. Wir wollen keinen zweiten Lockdown, der unsere gerade wieder in der Erholung befindliche Wirtschaft erneut in eine tiefe Depression stürzt, der Millionen in die Kurzarbeit schickt, Hunderttausende von Arbeitsplätzen bedroht, zu zahllosen Insolvenzen und allgemein deutlich schlechteren Zukunftsperspektiven führt, der unsere häuslichen und familiären Abläufe erschwert und auch vermehrten Stress und da-

durch bedingte organische und psychische Belastungen erzeugt, die bis hin zu Depressionen und Suiziden gehen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihre Rede!)

Kurzum: Wir wollen keinen Lockdown, dessen immenser Schaden absehbar in keinem Verhältnis zu seinem Nutzen steht, weil zahlreiche Erfahrungen von Israel bis Spanien zeigen, dass auch härteste Maßnahmen das Virus höchstens kurzzeitig aufhalten.

(Beifall der AfD –
Zuruf der Abg. Giordina Kazungu-Haß, SPD)

Mit dieser Haltung stehen wir keineswegs allein, meine Damen und Herren. Sie findet sich nahezu deckungsgleich in einem Positionspapier zur COVID-19-Pandemie, das gestern von über 50 ärztlichen Berufsverbänden, die insgesamt 200.000 deutsche Ärzte vertreten, veröffentlicht wurde.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Hört, hört!)

Ich zitiere: „Wir müssen uns ehrlich eingestehen: Dieses Virus wird uns die nächsten Jahre begleiten. Auch ein Impfstoff wird nur ein Mittel unter vielen zur Bekämpfung der Pandemie sein (...) Deshalb müssen wir viel stärker darüber sprechen, wie das Zusammenleben trotz des Virus in größtmöglicher Freiheit stattfinden kann (...) Wir setzen (...) auf Eigenverantwortung anstelle von Bevormundung.“

Weiter heißt es: „Wir haben in den Monaten der Pandemie deutlich dazugelernt. Der Rückgang der Fallzahlen ist politisch zwar eine dringende Aufgabe, aber nicht um jeden Preis. Wir erleben bereits die Unterlassung anderer dringlicher medizinischer Behandlungen, ernstzunehmende Nebenwirkungen bei Kindern und Jugendlichen durch soziale Deprivation und Brüche in Bildungs- und Berufsausbildungsgängen, den Niedergang ganzer Wirtschaftszweige, vieler kultureller Einrichtungen und eine zunehmende soziale Schieflage als Folge. Wir berufen uns auf das grundlegende medizinisch-ethische Prinzip des ärztlichen Handelns: ‚primum nihil nocere‘ ([zuerst] nicht schaden).“

(Abg. Marco Weber, FDP: Ui!)

Dieser Grundsatz auf die momentane Situation angewendet bedeutet,

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nicht für die AfD!)

die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie so zu wählen, dass wir schwere Verläufe wirksam mindern, ohne neue Schäden zu verursachen.“

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, deshalb fordern auch wir eine neue Strategie. Wir sagen Ja zu sinnvollen Schutzmaßnahmen

(Abg. Marco Weber, FDP: Ach ne!)

und notwendigen Überbrückungshilfen für unsere Wirtschaft, aber wir möchten die Maßnahmen differenzieren und Risikogruppen schützen, anstatt das soziale und gesellschaftliche Leben vollständig herunterzufahren.

Wir müssen weg von der Fokussierung auf die Eindämmung der Infektionen allein durch umfassende Kontaktpersonennachverfolgung. Das hat zu einer Überlastung unserer Gesundheitsämter geführt und die weitere Ausbreitung des Virus gleichzeitig eben nicht verhindert. Hier sollten wir uns, wie in dem eben zitierten Positionspapier vorgeschlagen, darauf beschränken, Kontaktpersonen dann nachzuverfolgen, wenn sie einen Bezug zu medizinisch-pflegerischen Einrichtungen oder potenziellen Super-Spreader-Events haben, und wir sollten uns darauf konzentrieren, jene Bevölkerungsgruppen zu schützen, die ein besonderes Risiko tragen.

Leider haben die Regierungen es in den vergangenen Monaten versäumt, hier die notwendigen Präventions- und Schutzkonzepte vorzubereiten. Es ist zu begrüßen, dass man jetzt einen Schnelltest für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen einsetzen will. Allerdings ist das bis heute noch nicht umgesetzt. Es bleibt daher abzuwarten, ob sich diese Ankündigung in die Reihe unerfüllter Versprechungen einfügen oder damit tatsächlich der Schutz vulnerabler Gruppen verbessert wird.

Gleiches gilt für die flächendeckende Ausstattung von ärztlichem und pflegerischem Personal mit FFP2-Masken, die wir schon vor Monaten gefordert haben, sowie die regelmäßige Testung dieser Personen.

Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um Menschen, die als Risikopatienten eigenverantwortlich ihre sozialen Kontakte einschränken, ausreichend zu versorgen, medizinisch zu betreuen und ihre vollständige Isolation zu verhindern. Hier wären dann in der Tat der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Solidarität gefordert, die Frau Dreyer immer wieder für ihre aus unserer Sicht falschen Corona-Maßnahmen reklamiert.

Darüber hinaus sollten wir soziales und kulturelles Leben unter klar definierten Bedingungen weiterhin zulassen und dabei das Risiko mit entsprechenden Hygienekonzepten minimieren.

Und dann? Meine Damen und Herren, dann müssen wir mit dem Virus leben, so, wie wir seit jeher mit all den Gefahren leben, die eine offene und freie Gesellschaft mit sich bringt. Welches Risiko wir dabei einzugehen bereit sind, darüber müssen wir grundsätzlich reden. Dazu haben wir eine Orientierungsdebatte hier in diesem Hause vorgeschlagen. Ein Vorschlag, den ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich erneuern möchte.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Lassen Sie uns darüber diskutieren, welche moralischen

Maßstäbe wir in Zukunft an naturgegebene Ereignisse anlegen wollen.

In einer postchristlichen Welt mag es den Menschen schwerfallen, die Endlichkeit in ihr Leben zu integrieren, und wahrscheinlich ist die panische Angst vor Corona auch ein Stück weit Ausdruck einer Verdrängung des Todes, aber wir müssen uns den Realitäten stellen. Vielleicht wird es uns dann auch gelingen, die zweifellos noch vor uns liegenden Debatten mit etwas weniger Angst und dafür mit mehr Sachlichkeit, mehr Mut

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das sagt der Richtige!)

und vor allem mit mehr Zuversicht zu führen.

(Abg. Marco Weber, FDP: Dafür stehst Du!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Auch wir nehmen die Krise ernst.

(Beifall bei der CDU)

Auch wir nehmen die Krise ernst, aber der jetzt von den Regierenden in Bund und Land eingeschlagene Kurs ist ein fataler und folgenschwerer Irrweg. Wieder einmal gefährdet ein falsches Krisenmanagement unter der Führung von Angela Merkel die Zukunft Deutschlands in dramatischer Weise,

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

und genau wie 2015 erheben wir als Alternative für Deutschland in aller Deutlichkeit unsere Stimme,

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU – Glocke des Präsidenten)

die Stimme der einzigen echten Opposition,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU –
Zurufe aus dem Hause: Oh!)

die Stimme von Vernunft und Verantwortung und nicht zuletzt die Stimme von Rechtsstaatlichkeit und Freiheit.

(Heiterkeit im Hause –
Abg. Martin Haller, SPD: Ah jo!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltend starker Beifall der AfD –
Abg. Martin Haller, SPD: Lächerlich!
Schlechte Rede!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht deren Vorsitzende, Abgeordnete Willius-Senzer.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Wenn Ihr euch ärgert, waren wir besonders gut!)

Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wichtig, dass wir heute im Parlament über die verschärften Corona-Maßnahmen diskutieren. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben hier den richtigen Ort für Ihre Erklärung gewählt. Vielen Dank.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist gut, dass wir in den offenen Austausch der politischen Argumente treten. Wir befinden uns in einer ernsten Zeit. Die Zahl der Corona-Fälle steigt bundesweit seit Wochen. Auch in Rheinland-Pfalz kennt der Trend derzeit nur eine Richtung. Die Lage ist – wie ich sagte – ernst. Das Gesundheitssystem droht an seine Belastungsgrenzen zu stoßen. Das Gebot der Stunde ist jetzt, die Ausbreitung der Pandemie unter Kontrolle zu bekommen. Dazu ist es notwendig, zwischenmenschliche Kontakte weiter zu reduzieren.

Meine Damen, meine Herren, die neuen verschärften Maßnahmen gehen mit massiven Einschränkungen von Grundrechten einher. Ich will nicht verhehlen, es ist nicht das, was ich mir gewünscht hätte. Noch vor einigen Wochen sah es so aus, als hätten wir das Größte überstanden. Die Gastronomen, die Hotellerie, der Einzelhandel hatten in den vergangenen Wochen enorme Anstrengungen unternommen, um die hohen Hygienemaßnahmen zu erfüllen und den Auflagen gerecht zu werden. Für die vorbildliche Mitarbeit bei der Umsetzung der Corona-Maßnahmen möchte ich ihnen ganz herzlich danken.

(Beifall der FDP, bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Dank gilt aber auch allen anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, den Institutionen und Einrichtungen, die in den letzten Monaten enorm dazu beigetragen haben, dass wir in Rheinland-Pfalz bislang verhältnismäßig gut durch die Pandemie gekommen sind.

Die letzten sieben Monate waren ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt, der bisher gemeinsam von uns gemeistert wurde. Dennoch, die Lage ist jetzt eine andere. Trotz aller Anstrengungen und Bemühungen steigen die Zahlen. Die Gründe dafür mögen vielfältig sein, aber wir müssen jetzt darauf reagieren. Mir ist bewusst, dass die Einschränkungen im November schwerwiegend sind.

Wir wissen, dass viele Menschen und Betriebe vor großen, enormen Herausforderungen und Belastungen stehen. Vor allem die Gastronomie, die Hotels, viele Soloselbstständige werden besonders betroffen sein, aber auch andere Einrichtungen und Unternehmen werden in den kommenden Wochen vor eine harte Belastungsprobe gestellt.

Ausgesprochen wichtig aber ist, dass wir jetzt nicht in einen kompletten Lockdown gehen. Schulen und Kitas bleiben weiter geöffnet, einen Shutdown für Bildung darf es nicht geben. Eine kleine Hilfe für Herrn Baldauf, falls Sie es nicht wissen: Lehrerinnen und Lehrer bekommen über den DigitalPakt ihre Endgeräte.

Die Zukunft von Schülerinnen und Schülern darf Corona nicht zum Opfer fallen. Genau wie die älteren Menschen und Risikogruppen verdienen auch die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft eine ganz besondere Fürsorge. Dazu gehört das Recht auf Bildung.

Ebenfalls ist es notwendig, dass berufstätige Eltern ihre Kinder weiterhin in die hervorragenden Kindertagesstätten bringen können. Das reduziert die Belastungen der Eltern in dieser wirklich schweren Zeit.

Die Mehrheit der Unternehmen in unserem Land wird weiter ihren Geschäften nachgehen können. Das ist von ganz besonderer Bedeutung, auch wenn es dem einen oder anderen wieder schwer fallen wird.

Die kommenden Maßnahmen haben massive finanzielle Konsequenzen für die betroffenen Betriebe und zahllose Selbstständige. Die Bundesregierung hat angekündigt, den Betrieben 75 % der Umsatzausfälle ausgleichen zu wollen. Als Referenzmonat soll der November 2019 dienen. Grundsätzlich will ich das nicht kritisieren. Das ist in dieser Situation das Mindeste, was zu machen ist, wenn man den Menschen ihre Einkommensquellen wegnimmt, aber eines ist klar: Bei der Freigabe der Gelder darf es keine Sekunde zeitliche Verzögerung geben.

(Beifall der FDP, vereinzelt bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Freien Demokraten haben eine klare Forderung an den Bundeswirtschaftsminister und an den Bundesfinanzminister: Die Auszahlung der Gelder muss schnellstmöglich und extrem unbürokratisch erfolgen.

(Heiterkeit bei der CDU –
Zurufe aus dem Hause –
Glocke des Präsidenten)

– Herr Baldauf, Sie brauchen gar nicht zu lachen. Auf Sie komme ich noch zu sprechen; denn Sie können austeilen, ich aber auch. Hören Sie gut zu.

Ein langes Gerödel zwischen Ministerialbeamten von Bund und Ländern um Verwaltungsvorschriften darf es nicht mehr geben. Ich frage mich heute noch, ich frage mich jetzt: Woher wollen Sie uns das Personal geben, um das abzuwickeln? Haben Sie das in Berlin irgendwo in Schubladen? Wir haben hier keines. Darüber reden Sie aber nicht.

(Beifall der FDP)

Die betroffenen Betriebe interessiert nur eines: Wann ist das Geld auf dem Konto? Diese Frage muss jetzt von der Bundesregierung beantwortet werden.

(Beifall der Abg. Monika Becker, FDP –
Heiterkeit bei der CDU)

Auch muss schnell geklärt werden, wer überhaupt anspruchsberechtigt ist. Noch liegt uns kein Papier dazu vor.

(Abg. Monika Becker, FDP: So ist es!)

Die Zeit drängt. Bevor diese Fragen überhaupt geklärt wurden, ist das passiert, was immer passiert. Die CDU kommt mit einem Schnellschuss um die Ecke. Das Land solle jetzt 25 % übernehmen und die Ausfallzahlungen aufstocken. So war zu lesen. Heute haben Sie es relativiert und gesagt, man solle aufstocken.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja,
stimmt! –
Abg. Monika Becker, FDP: Unglaublich!)

Das Geld soll aus der Rücklage genommen werden.

(Staatsminister Dr. Volker Wissing: Peinlich
war das!)

Die berühmte Rücklage, Ihr Joker für alles. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, liebe CDU, hätten wir die Rücklagen des Landes schon zehnmal ausgegeben.

(Abg. Martin Haller, SPD: Ja, so ist es!)

Hätten wir auf Sie gehört, gäbe es diese Rücklage schon längst nicht mehr.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Jutta
Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Mal wollten Sie davon Straßen bauen, mal wollten Sie Internetanschlüsse legen. Erneut zeigt sich, man ist gut beraten, nicht auf die CDU in Rheinland-Pfalz zu hören.

(Beifall der FDP, bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen noch etwas: Es ist gut, dass wir diese Rücklagen haben.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Es ist gut, dass wir ein finanzielles Polster haben. Das übrige Pulver darf jetzt nicht mit einem großen Knall verschossen werden; denn es braucht auch weiterhin genug Spielraum für öffentliche Investitionen. Bleiben diese aus, verstärkt das die Wirtschaftskrise um ein Vielfaches. Die Unternehmen erwarten zielgerichtete Hilfen statt Mittelverteilung mit der Gießkanne.

Die Zukunft des Landes darf jetzt keinem Wahlkampfmanöver zum Opfer fallen. – Das sind gute Sätze, die ich komplett unterschreibe, aber sie kommen nicht aus der Koalition oder aus der FDP. Das ist ein Zitat des Präsidenten der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU) Dr. Gerhard Braun, der das gestern gesagt hat.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wenn der rheinland-pfälzische Unternehmerpräsident schon so weit geht und in Richtung der CDU-Opposition eine dermaßen klare Ansage macht, dann würde ich an Ihrer Stelle meine wirtschafts- und finanzpolitischen Positionen erheblich überdenken.

(Beifall der FDP, bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Aber nun zum eigentlichen Punkt dieser Angelegenheit. Sie machen sich mit der Forderung nach Aufstockung lächerlich. Der Bund entschädigt die Unternehmen jetzt für den entstehenden finanziellen Schaden. Der Schaden ist der entgangene Gewinn. Jetzt kommt der Trick.

(Zuruf von der CDU)

Es wird sogar der Umsatzausfall in Höhe von 75 % ersetzt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Bis zu!)

Können Sie Umsatz und Gewinn nicht voneinander unterscheiden, Herr Baldauf?

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Doch!)

Gibt es in Ihrer Fraktion niemanden, der Ihnen diese leichte Frage hätte beantworten können? Das Gleiche gilt übrigens für Herrn Schreiner. Der hätte als ehemaliges Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses – dachte ich zumindest – so etwas auf die Reihe bekommen müssen. Anders als Herr Baldauf hat er wenigstens regelmäßig an den Sitzungen des Finanzausschusses teilgenommen.

Hinzu kommen aber noch Europa- und beihilferechtliche Vorgaben, die Sie mit Ihrer billigen Forderung an das Land einfach unbeachtet lassen. Billiger Populismus gepaart mit Unwissen, das ist Baldauf-CDU.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben den Folgen der kommenden Einschränkungen sehe ich noch ganz andere Herausforderungen. Fragen, in denen ich harte politische Auseinandersetzungen nicht scheue. Meine Damen und Herren, Fakt ist, es wird Klagen gegen die Einschränkungen und Maßnahmen geben. Bei allem Ernst der pandemischen Lage möchte ich dennoch sagen, ich bin froh, dass wir in einem Staat leben, in dem das möglich ist.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das sieht die
Frau Lerch auch so? –

Abg. Monika Becker, FDP: Das wird ja
immer billiger!)

Es ist auch gut, dass politische Einzelentscheidungen vor Gericht gekippt werden können. Das zeichnet unsere funktionierende freiheitliche Demokratie aus. Aber ich erwarte

auch von allen Vertretern im Parlament, dass man andere politische Meinungen akzeptiert und die Menschen nicht gleich in eine andere Ecke stellt, die einmal eine andere Meinung haben.

(Beifall bei der FDP und des Abg.
Alexander Schweitzer, SPD)

Sie in der Opposition haben es nicht gezeigt, wir in der Koalition zeigen das mit einem Clearinggespräch bei uns. So zeigt sich eine Arbeit, wie man auch bei differenzierten Einzelüberlegungen zusammenarbeiten kann. Wir können das.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU –
Weitere Zurufe von der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Es gibt einen Grund, warum bundesweit die Klagen gegen die Corona-Maßnahmen zunehmend erfolgreich sind. Davon leite ich einen politischen Auftrag an den Bundestag ab. Alle Corona-Entscheidungen zur Eindämmung der Pandemie, vornehmlich Entscheidungen der Regierung, basieren auf dem Infektionsschutzgesetz des Bundes, ein Gesetz, auf das der rheinland-pfälzische Landtag keinen Einfluss hat.

Die maßgebliche Reform des Infektionsschutzgesetzes wurde zu Beginn der Pandemie im Bundestag beschlossen. Doch jetzt sind wir in der Debatte weiter. Wir haben ein besseres Verständnis vom Coronavirus. Auch die Rechtsprechung hat sich weiterentwickelt. Vorgestern hat das saarländische Obergericht (OVG) die Sperrstunde von 23 Uhr gekippt. Erst gestern hat das OVG in Niedersachsen ähnlich geurteilt und die Sperrstunde und das Verkaufsverbot von Alkohol gekippt. Wir sehen, der rechtliche Boden des aktuellen Infektionsschutzgesetzes wird immer wacklicher.

Der Präsident des rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichts, Dr. Lars Brocker, hat es vor gut zwei Wochen klar und deutlich auf den Punkt gebracht: Die Landtage könnten diese verfassungsrechtliche Lücke nicht schließen, so Dr. Lars Brocker in einem Artikel der Rhein-Zeitung.

Meine Damen und Herren, die Ausweitung der Befugnisse der Bundesregierung war zu Beginn der Corona-Krise sicher notwendig und auch angemessen. Wir müssen uns aber der Realität stellen. Die Pandemie wird auch Ende November nicht vorbei sein. Die Koalition im Bund und die Bundeskanzlerin haben es auch nach über sieben Monaten der Pandemie nicht geschafft, eindeutige, verfassungskonforme und gesetzliche Regelungen auf den Weg zu bringen.

Es gebe erste Überlegungen, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Rolf Mützenich, gestern im Bundestag. Bei allem Respekt, nach sieben Monaten Pandemie und nach dem Beschluss des kommenden leichten Lockdowns erst vage Ideen anzukündigen, lässt mich zweifelnd zurück.

Ich bin froh, dass bei der SPD und bei den Grünen im Bundestag grundsätzliches Interesse besteht, die rechtliche

Situation zu verbessern.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Es ist die CDU, die sich gegen eine Reform des Infektionsschutzgesetzes sperrt und eine bessere Einbindung des Bundestags in Corona-Entscheidungen ausbremst. Die Aussagen des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Ralph Brinkhaus, waren an Vergesslichkeit vor der eigenen Rolle als Parlamentarier nicht zu überbieten.

(Beifall bei der FDP –
Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Die FDP-Bundestagsfraktion hat gestern einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der die weitere Corona-Politik auf einen klaren, verfassungsrechtlich sicheren und parlamentarisch legitimierten Boden stellt. Dieser Antrag wurde immerhin an den entsprechenden Fachausschuss überwiesen.

Statt konkret zu handeln, verharrt die Mehrheit des Bundestags in der Hoffnung, dass vage Ideen die Republik aus der Krise führen werden. Die Folgen werden jetzt ganz klar. Die Politik nach den Vorstellungen der Bundesregierung bleibt rechtlich angreifbar. Dieser Zustand ist nicht länger hinzunehmen.

Meine Damen und Herren, wenn man die Unionspolitikerinnen und -politiker hört, wird immer gern auf den bayerischen Ministerpräsidenten verwiesen. Der habe alles im Griff. Ein toller Typ sei das. Bei vielen CDUlern leuchten die Augen, wenn über Bayern gesprochen wird. Auch bei Ihnen, Herr Baldauf.

(Heiterkeit bei der AfD –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Sie sonnen sich gerne im Lichte des angeblich bayerischen Löwen, Ministerpräsident Söder. Stolz waren Sie, als Sie ihn im Sommer in der Münchner Staatskanzlei besuchen durften.

(Zurufe aus dem Hause –
Glocke des Präsidenten)

Prunkvolle Kulisse. Ihre Miene war gar voller Ehrfurcht.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Ich gönne Ihnen diese Glücksmomente sehr. Viele waren es bislang nicht.

(Zurufe von der CDU: Ah!)

Ebenso stolz waren Sie offensichtlich in der vergangenen Woche, als Sie ein Foto mit Friedrich Merz erhaschen konnten und es in den sozialen Medien teilten. Ob Sie dieses Bild diese Woche noch einmal machen würden, weiß ich nicht. Zutrauen würde ich es Ihnen.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie tragisch die Nummer mit Herrn Merz vor wenigen Tagen endete, haben wir miterlebt.

(Heiterkeit des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Das ist nicht weiter diskussionswürdig. Das ist Ihr Problem.

(Heiterkeit der Abg. Alexander Schweitzer
und Martin Haller, SPD)

Wie sich der selbst erklärte bayerische Löwe Söder zum Plüschtiger entwickelt hat, ist umso relevanter. Erst gehen dem Unions-Musterschüler im Sommer positive Corona-Tests verloren, dann entwickelt sich die Region Berchtesgaden zum führenden Hotspot der Republik,

(Abg. Michael Frisch, AfD: Thema!)

dann kommt vor wenigen Tagen heraus, dass Bayern falsch getestet hat. Was für ein Chaos und was für eine Blamage. Ihr Held Markus Söder ist der Corona-Sünder Nummer eins in Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Gerade vorhin haben Sie ihn in Ihrer Rede noch gelobt und gesagt, Bayern geht voran, Vorbild Bayern. Na, herzlichen Glückwunsch.

Es gibt allerdings Dinge, da hört es bei mir mit jedem Verständnis auf. Werte CDU-Kollegen, Ihr Unions-Parteifreund und Bundesinnenminister Horst Seehofer will jetzt per Schleierfahndung Corona-Sünder aufspüren. Per Schleierfahndung! Diese Fahndung wird sonst eingesetzt, um Schwerverbrecher und Terroristen zu jagen. Herr Baldauf, ist Ihre Partei der Auffassung, die Menschen seien jetzt wie Bankräuber zu behandeln? Ist die CDU der Meinung, in den kommenden vier Wochen sei jede Bürgerin und jeder Bürger wie ein Dschihadist zu sehen, den man unabhängig von Anlass oder Verdacht kontrollieren muss?

(Zurufe aus dem Hause)

Genau darum geht es bei der Schleierfahndung. Bekennen Sie Farbe. Ist das Ihre Vorstellung von Verhältnismäßigkeit? Ist das Ihre Vorstellung davon, wie man mit unbescholtenen Bürgerinnen und Bürgern umgehen sollte? Glauben Sie, dass dies den Rückhalt und das Verständnis der Menschen für die tatsächlich notwendigen Corona-Schutzmaßnahmen erhöht?

(Beifall des Abg. Marco Weber, FDP)

Eigentlich darf niemand überrascht sein, dass bei Ihnen manchmal ein verqueres Bild von Grundrechten vorherrscht. War es doch Ihr CDU-Fraktionskollege Herber, der im Mai gefordert hat, Corona-Patienten sollten elektronische Fußfesseln angelegt bekommen.

(Beifall bei FDP und SPD –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Tosender
Applaus! –
Abg. Dirk Herber, CDU: Blödsinn! Habe ich
nie gesagt!)

Abseits Ihres Schlingerkurses bei verfassungsmäßigen Grundrechten sehe ich aber noch weitere Dinge, bei denen Sie interessant unterwegs sind. Noch am Mittwochnachmittag haben Sie, Herr Baldauf, den Plänen der Bundeskanzlerin vehement widersprochen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja!)

Die Gastronomie dürfe nicht eingeschränkt werden, war von Ihnen zu lesen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Heute sagen Sie das Gegenteil. Sie führen hier einen Eiertanz auf, der kaum noch in Worte zu fassen ist.

(Beifall der FDP, bei SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie schaffen es schon unter normalen politischen Bedingungen nicht, eine ihrer Forderungen länger als eine Woche zu vertreten, aber jetzt in dieser besonderen Zeit werden Sie noch flatterhafter. Täglich grüßt der Baldauf, könnte man in Anlehnung an einen populären Film sagen. Das Gute ist, dieser Film ist in anderthalb Stunden vorbei, bei Ihnen ist es Serienformat.

(Heiterkeit bei der FDP)

Herr Baldauf, das ist bei Ihnen aber auch nicht lustig. Wir befinden uns nämlich in einer harten Realität. Kommen Sie damit klar?

(Zurufe von der AfD –
Weitere Zurufe aus dem Hause –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Entschuldigung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Lärmpegel ist einfach zu hoch. Der Versuch, sich über mehrere Meter mit Masken zu unterhalten, ist ein untauglicher Versuch. Der löst nur Lärm aus. Konzentrieren Sie sich bitte auf die Rede.

Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP:

Es geht immer darum, austeilen will man gerne, aber wie-der etwas entgegen nehmen, will man nicht. So ist das halt.

(Beifall bei FDP, SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU, Günther Schartz, kritisiert die Schließung der Gastronomie. Dann kommt Ihre Landesvorsitzende aus der Kiste gesprungen und feiert die Kabinettsbeschlüsse ab.

(Heiterkeit bei der SPD)

Klar, Frau Klöckner ist Mitglied der Bundesregierung. Was sollte sie sonst machen? Wissen Sie Herr Baldauf, man darf in Parteien unterschiedlicher Meinung sein, aber mit Blick auf die Lage der CDU nicht nur in Rheinland-Pfalz stellt sich nicht mehr die Frage, ob es begründete Meinungsverschiedenheiten gibt. Inzwischen muss man sich fragen, wie tief der Riss in der CDU ist.

(Heiterkeit des Abg. Martin Brandl, CDU)

Herr Baldauf, es stimmt. Herr Wissing hat Zweifel geäußert. Ja, das hat er laut und öffentlich gemacht. Er macht sich Sorgen und sagt das auch öffentlich.

(Zurufe von der CDU: Oh! –
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Er macht sich
Sorgen um sich!)

Auch wenn er in Regierungsverantwortung steht, das ist mutig, Herr Baldauf. Sie dagegen waren erst dagegen, die Gastronomie zu schließen, haben dann einen Bückling vor Ihrer Landesvorsitzenden gemacht und sich um 180 Grad gedreht.

(Abg. Marco Weber, FDP: Genau!)

Herr Baldauf, wer ein Land regieren will, sollte einen eigenen Standpunkt haben. Den sollte man dann auch vertreten. Sie vertreten das, was man Ihnen in Berlin vorschreibt.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Wer Sie wählt, bekommt das, was Frau Klöckner Ihnen erlaubt.

(Beifall bei FDP, SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer führt das Wort bei Ihnen? Sie? Frau Klöckner? Frau Merkel? Der angeblich so stabile Regierungsfels der Bundes-CDU bröckelt immer weiter. Wenn es nicht so dramatische Konsequenzen für unser Land hätte, wäre mir das Geplänkel Ihrer Partei egal.

Meine Damen und Herren, noch eine abschließende Bemerkung. Wir dürfen niemandem etwas vormachen. Der Lockdown ist nicht lange durchhaltefähig, weder gesellschaftlich noch rechtlich, noch gar finanziell. Wir müssen uns schon jetzt damit befassen, was passiert, wenn die Corona-Zahlen in vier Wochen nicht signifikant gesunken sind.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Wie?)

Egal wie, auch Ende November wird das Virus noch da sein. Wir müssen jetzt über den November hinaus blicken und sagen, was die Richtung für die kommenden Monate sein wird. Wir brauchen einen effektiveren Schutz für Menschen, die zu den Risikogruppen zählen. Wir müssen die Einschränkungen so fassen, dass sie wirksam sind. Da ist auch die

Wissenschaft gefragt. Wir brauchen ein valides Bild von Infektionsketten.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Wie stecken sich die Menschen tatsächlich an?

(Abg. Iris Nieland, AfD: Unglaublich!)

Wie ist das zu verhindern?

Das sind die wichtigsten Fragen der kommenden Wochen, meine Damen und Herren.

Zusammenfassend möchte ich für die Freien Demokraten festhalten:

Erstens: Der Bund muss die versprochenen Umsatzentschädigungen schnellstmöglich auszahlen.

Zweitens: Der Bundestag muss schnellstmöglich eine neue gesetzliche Grundlage für den weiteren rechtssicheren politischen Umgang mit der Pandemie beschließen.

Drittens: Wir brauchen eine Strategie für die Zeit nach November, vor allem mit einem klaren Fokus auf den Schutz für Risikogruppen und zur Vermeidung weiterer Lockdowns.

Ich wünsche dem Land Rheinland-Pfalz nicht zu harte vier Wochen. Alles Gute.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht deren Vorsitzender Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als die Pandemie in Deutschland ausgebrochen ist – das war Ende Februar/Anfang März dieses Jahres –, wussten wir nicht, wie wir handeln sollten. Damals mussten wir, ohne zu wissen, in welche Richtung es weitergehen wird, radikale Maßnahmen umsetzen und durchsetzen. Wir wissen jetzt viel mehr über die Pandemie.

Ich weiß noch, ich hatte damals gesagt, wir handeln. Wir wissen nicht, ob wir das Richtige tun. Wer handelt, der macht auch Fehler. Natürlich war nicht alles richtig, was gemacht wurde. Auch jetzt wissen wir nicht, ob es genau das Richtige ist, was wir tun werden und was beschlossen wird. Das können wir nicht wissen, weil wir die Zukunft nicht voraussagen können.

Meine Damen und Herren, wir hätten aber vor zwei Monaten wissen können, dass es wieder schlechter wird. Eigentlich wussten wir, dass es wieder schlechter wird. Ich weiß, dass

ich vor etwa acht Wochen hier am Pult gesagt habe, es wird wieder zu Tausenden Fällen kommen in den Krankenhäusern, es wird wieder zu Tausenden Toten in diesem Winter kommen, Menschen die an und mit Corona sterben.

Meine Damen und Herren, es ist leider so, dass Tausende in diesem Winter an und mit Corona sterben werden und wir es nicht verhindern können, weil die Infektionszahlen so rasant gestiegen sind und sich die Aufenthalte in den Krankenhäusern auf den Intensivstationen seit der letzten Rede, die ich hier dazu vor acht Wochen gehalten habe, mindestens versechsfacht haben. Obwohl wir es hätten wissen können, konnten wir nicht handeln. Wir hatten anscheinend nicht die Kraft dazu, früh genug zu handeln.

Deswegen begrüße ich es, dass wir heute darüber reden, wie wir handeln und in welche Richtung wir gehen müssen. Alle gemeinsam, meine Damen und Herren, wissen wir, wir müssen Kontakte beschränken. Man kann darüber reden, wie man Kontakte beschränkt, aber wir wissen alle, wir müssen die Kontakte beschränken. In einer Pandemie muss man die Kontakte beschränken. Dann muss man entsprechende Maßnahmen vorschlagen und umsetzen. Deswegen ist es richtig, dass wir Kontakte in diesem Monat beschränken und in dem Monat beschränken werden, der folgt.

Deswegen ist es richtig, dass wir versuchen, die Pandemie-Welle zu brechen. Es ist richtig, dass wir versuchen, nicht nachsorgend zu handeln, wenn die Zahlen heute bei über 18.000 Neuinfektionen liegen. Als das in Frankreich vor zwei Wochen der Fall war, dachte ich noch, na ja, bei uns wird es nicht passieren, wir haben Maßnahmen ergriffen. Dennoch ist es viel schneller passiert, als Frau Merkel das vorgerechnet hat; denn da war Weihnachten die Perspektive. Es ist viel schneller passiert, als wir alle das befürchtet haben, und deswegen ist es so wichtig, dass wir schnell und konsequent handeln. Deswegen bin ich froh, dass wir heute darüber reden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei
FDP und SPD)

Es geht nicht nur um das schnelle Handeln, sondern es geht darum – daran wird sich der Erfolg der Maßnahmen am Schluss messen lassen müssen und nur messen lassen können –, ob die Menschen in dieser Bundesrepublik Deutschland verstehen, dass dieses Handeln das richtige ist, ob sie verstehen und mitmachen, was wir tun. Ich kann sagen, im Moment, zumindest nach meiner Kenntnis, sind viele, viele der Meinung, ja, das ist richtig, das muss weiter erklärt werden. Es gibt wenige, die sagen, nein, das können wir nicht mitmachen, das wollen wir nicht mitmachen, das ist undemokratisch usw. oder das würde die Wirtschaft zerstören.

Im Gegenteil, viele Menschen auf der Straße wissen, dass das die Wirtschaft nicht zerstört, was wir machen, sondern das, was wir jetzt tun, die Wirtschaft retten soll und wir deshalb diese Maßnahmen ergreifen, um dann hinterher nicht in eine totale Katastrophe zu kommen. Wer verantwortlich, wer vorausschauend handeln will, der muss auch erklären, warum er wie handelt.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Dazu sind die Debatten im Landtag, im Parlament notwendig. Deswegen freue ich mich, dass wir die heute führen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei
SPD und FDP sowie vereinzelt bei der CDU)

Alle sind gefragt. Wirklich alle sind gefragt zu erklären, was wir hier tun. Ich weiß, manche wollen das gar nicht erklären, weil sie daraus politischen Vorteil saugen wollen,

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

aber wir, die verantwortlich sind, müssen das gemeinsam erklären.

Deswegen, Herr Baldauf, bin ich so dankbar, dass Sie heute klar gesagt haben, Sie stehen hinter diesen Maßnahmen. Es ist doch wichtig, dass die große und ernst zu nehmende Oppositionspartei in diesem Landtag klarmacht, dass sind Maßnahmen, die wir mittragen und der Bevölkerung erklären werden, und wir handeln gemeinsam, damit wir einen großen Nukleus von Demokraten haben, die diese Maßnahmen nach draußen tragen und verantwortlich handeln.

Ich bin wirklich sehr dankbar dafür, dass das nicht in einer Klein-Klein-Debatte zerrieben wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD,
CDU und FDP)

Es ist natürlich immer wieder die Hoffnung da, dass der Impfstoff bald kommt, und es ist die Hoffnung da, dass wir irgendwo demnächst eine Rettung haben, aber darauf können wir uns nicht verlassen, meine Damen und Herren.

Ich will an der Stelle sagen, es ist kritisiert worden, dass die Kanzlerin von „Unheil“ sprach, das auf uns zukommt, aber ich halte das für das richtige Wort. Wenn man einmal im Duden nachschaut, was Unheil bedeutet, dann heißt es dort, ein schicksalgetriebenes Geschehen, das einen großen Schaden verursachen kann und verursachen wird.

(Zuruf der Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD)

Ich sage noch einmal, gegen dieses Unheil muss man sich wehren.

(Zuruf der Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD)

Dafür sind wir vorausdenkende Menschen und nicht irgendwelche, die erst hinterher sehen, so wie im Mittelalter mit der Pest, dass man irgendetwas falsch gemacht hat, sondern wir wissen, wie wir handeln können, und wir können vorausschauen, und deswegen ist es wichtig, dass jetzt die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Kanzlerin – ich bin sehr dankbar dafür, dass es diese Gemeinsamkeit gibt, endlich, endlich, muss man sagen – in Deutschland diese Maßnahmen getroffen haben und sie dann auch konsequent befolgt werden.

Wir haben – ich will das noch einmal für Rheinland-Pfalz klarmachen – immer im Parlament gehandelt. Ich weiß nicht, woher Gerüchte kommen, wir hätten als Parlament unsere Aufgabe nicht erfüllt oder wären an der falschen Stelle gewesen. Nein, das waren wir nie. Wir haben einen Ausschuss, der sich mit dem Thema beschäftigt. Wir haben im Gesundheitsausschuss permanent darüber diskutiert, ob die Maßnahmen richtig sind, wie sie gemacht werden. Wir haben im Finanzausschuss darüber geredet, welche Mittel verausgabt wurden, und im Parlament dadurch, dass es die Nachtragshaushalte gab, immer wieder darüber geredet, ob es denn die richtigen Maßnahmen, die richtigen finanziellen Maßnahmen sind, die unterstützt werden.

Das Parlament hat also in Rheinland-Pfalz eine zentrale Rolle in der Diskussion gespielt und erfüllt, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der SPD –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Richtig!)

Das sollten wir dann auch bewusst nach draußen tragen und nicht selbstkritisch sagen – man muss natürlich dahin gehend selbstkritisch sein, wo man weitermachen kann –, wir haben gar nicht darüber diskutiert. Das stimmt nicht. Wir hatten diese Möglichkeiten. Es gab eine Aktuelle Debatte dazu, es gab eine Regierungserklärung dazu. Schauen Sie sich doch die Protokolle an. Es stand immer im Mittelpunkt der Diskussion, ob wir die richtigen Maßnahmen haben und – um das zur Kontrolle der Regierung zu sagen – die Regierung die richtigen Maßnahmen, die richtigen Verausgaben, die richtigen Maßnahmen in den Schulen, die richtigen Maßnahmen in der Wirtschaft getroffen hat.

Das haben wir hier permanent diskutiert. Ich weiß nicht, wo Sie waren.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Ich war dabei, habe es gehört und mitdiskutiert. Meine Damen und Herren, jeder konnte sich einbringen.

(Zurufe der Abg. Dr. Jan Bollinger und
Michael Frisch, AfD: Entscheiden!)

Deswegen darf man nicht hinterher „Mimimi“ machen und sagen, das Parlament war nicht dabei. Nein, das Parlament war in Rheinland-Pfalz immer zentral dabei, und dafür bin ich dankbar.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD
und FDP)

Wir schauen jetzt auch ein Stückchen in die Zukunft. Was machen wir denn mit der Sondersituation in Rheinland-Pfalz? Das ist in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg die gleiche Situation. Wir haben nun einmal ein Ende der Wahlperiode, und das wird in Pandemiezeiten sein. Die wird nicht verschwunden sein bis zum März. Deswegen müssen wir als Parlament Wege finden, wie wir dann, wenn wir im Januar die letzte bis jetzt offiziell angesetzte Plenarsitzung

haben, bis zur Konstituierung am 18. Mai des nächsten Jahres als Parlament weiter dabei sein können.

Ich will eines sagen: Man darf nicht nur dabei sein, man muss auch öffentlich dabei sein. Es ist für uns Grüne ganz wichtig, dass wir öffentliche Debatten führen.

(Beifall der Abg. Pia Schellhammer,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hat keinen Sinn, wenn wir sie hinter verschlossenen Türen führen. Deswegen suchen wir einen Weg, wie wir die Debatten im Parlament öffentlich darstellen und nachvollziehbar machen können, damit die Bevölkerung auch weiß – weil wir Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung sind –, was ihr Parlament in dieser schwierigen Lage diskutiert. Dazu brauchen wir öffentliche Sitzungen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
vereinzelte bei SPD und FDP)

Wir haben aber nicht nur das Parlament. Wir haben auch andere Gremien, die sich damit beschäftigen. Wir haben den Pandemierat in Rheinland-Pfalz, der die Regierung berät. Wir haben die Virologen, die uns immer wieder in der Regierung, aber auch für das Parlament zugänglich beraten. Wir haben wissenschaftliche Grundlagen, an denen geforscht wird, die öffentlich gemacht und vorgetragen werden, beispielsweise im Ausschuss, in der Enquete-Kommission. Das alles ist in Rheinland-Pfalz nachvollziehbar.

Wir beschweren uns garantiert nicht darüber, dass es so viele gute beratende Gremien gibt, die in Rheinland-Pfalz Hilfestellungen geben, wie wir denn – ich will das noch einmal sagen, man muss es inzwischen dazusagen – nicht aus dem Bauch heraus, sondern wissenschaftlich begründet und fundiert vorgehen und den Break, den Wellenbrecher gegen die Pandemie hinbekommen können. Dazu braucht man wissenschaftliche Beratung. Die haben wir in Rheinland-Pfalz, und darüber sind wir froh.

Ich glaube, wir sind außerdem richtig unterwegs, wenn wir die Maßnahmen, die die Regierung und das Parlament in dieser Zeit treffen, zeitlich immer befristen. Das sind zum Beispiel das Wahlgesetz und andere Dinge, die in Zukunft für uns wichtig sind. Wir können nicht in Notzeiten Beschlüsse fassen, die für Nicht-Notzeiten gelten. Deswegen sind die Begrenzungen der Beschlüsse, die wir im Parlament treffen, aber die auch die Regierung trifft, notwendig. Wir haben manchmal ein halbes Jahr, manchmal ein Jahr. Wir haben viele Möglichkeiten geschaffen, damit sich die Kommunalparlamente virtuell treffen können, Beschlüsse gefasst werden, Parlamente und Parteien weiter tagen können und Vorstände – selbst die, die fast auf Lebenszeit gewählt sind –,

(Heiterkeit des Redners)

die immer wieder in Parteien gewählt werden, in diesem Jahr nicht gewählt werden müssen, sondern erst im nächsten Jahr gewählt werden können. Alle diese Maßnahmen

sind natürlich zeitlich beschränkt. Deswegen ist es richtig, dass dieses Parlament dann, wenn das ausläuft, was wir beschlossen haben, wieder neu entscheidet bzw. neu entscheiden muss.

Meine Damen und Herren, ich bin zufrieden mit der Arbeit des Parlaments, zumindest mit der überwiegenden Mehrheit des Parlaments, und deswegen kann man sich auch nicht darüber beschweren, das Parlament wäre nicht eingebunden gewesen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
vereinzelte bei SPD und FDP)

Ich will etwas andere Schwerpunkte als meine Vorrednerinnen und Vorredner setzen. Natürlich wissen wir alle, dass die Wirtschaft leidet. Wir wissen, dass die Gastronomie leidet, und wir wissen, dass Hilfen schnell ausgezahlt werden müssen, wenn wir diese Beschlüsse umsetzen. Das sind Themen, die wir seit Langem diskutieren. Wir wissen auch, dass es, glaube ich, für einen Monat möglich ist, solche Hilfen anstelle von Öffnungen von Restaurants, von Hotels, von Einrichtungen tatsächlich durchzuführen. Schwierig wird es, wenn das alles nochmals länger dauert.

Wir hatten zum Glück im Sommer eine ganz gute Zeit für viele Branchen. Natürlich, die Schausteller, die Messebauer, die Künstlerinnen und Künstler sind alle über den ganzen Sommer gebeutelt und getroffen worden. Deswegen müssen wir da besondere Maßnahmen umsetzen und besondere Hilfen leisten. Das ist uns sehr bewusst.

Ich will aber noch ein wenig mehr auf die Familien eingehen. Was tut es denn mit den Familien, dass es diese Pandemie gibt? Was tut es denn, wenn man nicht mehr nach draußen gehen kann, wenn man nicht mehr so viel Austausch hat? Jeder kann ein bisschen in sich hineinhorchen und schauen, was wir denn machen, wenn wir demnächst einen Monat lang unsere Kontakte beschränken. Das ist keine schöne Zeit, es ist auch noch der November. Ich glaube, wir werden nicht als fröhliche Menschen durch die Gegend laufen. Deswegen muss man durchaus darüber nachdenken, wie man Familien, Kindern, Jugendlichen das Leben erleichtern kann.

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Genau!)

Das ist unser Hauptaugenmerk im Moment, und deswegen wollen wir auch, dass die Schulen und die Kitas weiter geöffnet bleiben können. Dafür haben wir viel Geld ausgegeben und werden noch viel Geld ausgeben. Das ist wichtig, aber nicht das Zentrale. Wir müssen diese Gesellschaft zusammenhalten. Wir dürfen nicht zuschauen, wie diese Gesellschaft zerbröselt und am Schluss Menschen zurückbleiben, die in der Pandemie sozusagen Opfer geworden sind. Das sind nicht nur die Firmen, das ist nicht nur die Lufthansa, sondern das sind eben auch die Familien und die Menschen, die besonders betroffen sind, die einsamen Menschen, die alten, die in den Heimen sind.

Deswegen halte ich es für richtig, was wir tun, nämlich dass wir nicht mehr ein Besuchsverbot in den Heimen erlassen,

sondern es jetzt ermöglichen – die Schnelltests sind vielleicht eine große Hilfe dazu –, dass die Menschen besucht werden können und weiterhin Kontakte zu ihren Liebsten haben. Wir werden ausbauen, dass man auch Kontakte über virtuelle Wege haben kann.

Ich will jetzt nicht über die Zahl der Tablets für Lehrerinnen und Lehrer reden. Das wird sich alles geben, und das wird schon in die richtige Richtung gehen. Dazu machen wir die richtigen Schritte. Die Menschen müssen aber das Gefühl haben, wir sind nicht vereinsamt, die Gesellschaft lässt uns nicht allein, sondern die Gesellschaft und die Politik kümmern sich um uns. Ich glaube, das ist im Zentrum und muss weiterhin im Zentrum unserer Politik in Rheinland-Pfalz und unserer Koalition bleiben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei SPD und FDP)

Dazu gehören auch die kulturellen Angebote. Dazu gehört auch, dass das Kino immer ein Fluchttort für Menschen war, die gerne mal aus dem Alltag entflohen sind, für Jugendliche, die da gerne reingegangen sind. Das wird in den nächsten 30 Tagen nicht möglich sein. Man muss aber immer wieder dazusagen, wir machen das, damit es danach wieder möglich ist, weil es sonst für eine lange Zeit nicht möglich wäre. Wir machen das jetzt konsequent, weil wir danach wieder ins „normale“ – wer weiß, was dann „normales“ Leben ist –, ins normalere Leben einsteigen können.

Wir wollen wieder Jazz hören, wir wollen wieder Musik hören, wir wollen wieder Theater spielen und zuschauen können, und wir wollen natürlich auch wieder ins Kino gehen. Es ist doch nicht so, dass wir alles verbieten wollen, was Spaß macht, meine Damen und Herren. Nein, wir wollen es erhalten. Wir machen die Maßnahmen, weil wir wollen, dass die Menschen nicht nur arbeiten gehen, sondern sie ihre Kultur und ihre Mitmenschen genießen können. Das sind unsere Aufgaben, und deswegen machen wir diese Maßnahmen, damit es dann hinterher wieder klappt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und FDP)

Ich will ein Wort zu den Studierenden sagen. Das hört sich jetzt so an wie, naja, die Studierenden sind junge Menschen, die werden das schon verkraften. Stellen Sie sich aber einmal vor, Sie kommen aus der Schule, gehen ins erste Semester, und da ist niemand. Ich habe mit Studierenden gesprochen, die sich in einer AG an der Universität treffen wollen. Die Gebäude sind aber geschlossen, und sie können dort nicht hingehen. Sie suchen jetzt ein Gebäude, in dem sie sich treffen können.

Die Möglichkeiten, sich im öffentlichen Raum zu treffen, die Möglichkeiten, miteinander zu lernen, miteinander zu entwickeln, was wir alle brauchen, nämlich das, was in Zukunft in Deutschland, in Rheinland-Pfalz sein soll, also nicht nur wissenschaftlich mit der Naturwissenschaft, sondern auch das, wohin die Gesellschaft gehen soll, das findet in Gemeinschaft statt. Das findet auf dem Campus statt. Das findet doch nicht daheim am Rechner oder am

Laptop statt, sondern das findet dort statt, wo man sich trifft und gemeinsam etwas entwickeln kann. Das ist im Moment nicht möglich.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Sie sind doch an der Regierung! Ändern Sie es!)

Das ist gar nicht leicht für die Jugendlichen. Wenn ich noch dazusage, dass sie sich jetzt durch diese Maßnahmen im November nicht mehr zusätzlich etwas in der Gastronomie verdienen können und neben den Jugendlichen auch die Studierenden zum zweiten Mal betroffen sind – soweit ich weiß, wird die Bundesregierung ein Programm in der Nothilfe auflegen, das muss allerdings schnell passieren –, dann sind auch die Studierenden wieder getroffen. Deswegen müssen wir natürlich auch Maßnahmen für Studierende auflegen, damit sie weiter durchhalten können, weil sie natürlich genauso wie die, die in der Ausbildung sind, die Zukunft unseres Landes sind. Diese Zukunft wollen wir nicht verspielen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und FDP)

Zu den Hilfen in der Gastronomie wurde viel gesagt. Ich unterstütze das alles. Das muss passgenau sein, das muss ausreichend sein. Wir hatten in Rheinland-Pfalz aktuell einen richtigen Boom. Wer in Rheinland-Pfalz im Sommer Urlaub gemacht hat – da konnte man das noch relativ unbeschwert –, an der Mosel war oder am Rhein oder im Pfälzerwald, der weiß, es war ausgebucht. So etwas hatte man vorher so noch gar nicht gesehen. Es ist ein richtiger Boom gewesen. Das wollen wir doch weiter nutzen, und wir wollen den Rückenwind weiter nutzen, damit nicht jeder irgendwohin fliegt – ich habe nichts dagegen, dass jemand wohin fliegt –, aber wir wollen die Möglichkeit weiter aufrechterhalten, dass sie und er in Rheinland-Pfalz Urlaub machen kann.

Dazu müssen wir die Betriebe erhalten. Wir können nicht zumachen und sagen, naja, wenn die Betriebe eingehen, dann ist es halt so, und es werden sich irgendwann neue gründen. Nein, wir wollen die Betriebe weiter erhalten, und wir wollen, dass demnächst genauso der Boom mit Urlaub in Deutschland, mit Urlaub in Rheinland-Pfalz weitergeht wie bisher. Deswegen braucht es diese gezielten Hilfen.

Wir brauchen aber auch die Hilfen für die Künstlerinnen und Künstler und für die Kulturschaffenden. Da waren die Ideen, die wir hatten, vielleicht nicht ganz die richtigen. Ich habe vorhin schon gesagt, manchmal macht man Vorschläge, die vielleicht nicht ganz die richtigen und treffgenauen sind. Wir hatten gesagt, die können Hartz IV beantragen. Vielleicht ist die Idee, die im Moment auf Bundesebene diskutiert wird, auch von meiner Partei, nämlich etwa 1.200 Euro monatlich als fiktives Unternehmer- bzw. Soloselbstständigengehalt auch an Künstlerinnen und Künstler und Kulturschaffende auszuzahlen, aber doch besser.

1.200 Euro sind nicht sehr weit von Hartz IV mit Räumen und Mietwohnungen entfernt, aber es wäre eine klare Maßnahme, mit der man sagt, damit kommt man über schlim-

me Zeiten hinweg. Dann kann man dieses fiktive Unternehmergehalt, das übrigens auch für Start-ups und in der Wirtschaft wichtig wäre, auszahlen, und die Menschen wissen, dass sie eine Perspektive haben und nicht – manche empfinden es als Demütigung – zum Amt „betteln gehen“ und sagen müssen, schaut mal, ich bin bedürftig. Nein, sie sollen ein Recht darauf haben, diese 1.200 Euro zu bekommen. Das bringt uns im Staat nicht um, macht aber viele Menschen zumindest zukunftssicherer und kann auch dazu führen, dass Künstlerinnen und Künstler und Kulturschaffende gut überleben können und dann auch weitermachen wie bisher und uns mit dem, was sie uns immer wieder an Möglichkeiten der Kreativität darbieten, erfreuen.

Meine Damen und Herren, ich komme noch kurz auf die Zeit nach der Krise, weil wir sie oft besprochen haben. Ich hoffe, es gibt diese Zeit nach der Krise für uns alle. Nach der Krise werden wir – ich sage das hier jedes Mal – eine zweite Krise erleben und bekämpfen müssen – das müssen wir jetzt auch schon –, das ist die Klimakrise. Deswegen ist es wichtig, dass Wirtschaftshilfen jetzt gezielt dahin gehen, dass die Klimakrise gleich mit bekämpft wird, Wasserstoffinitiativen gebildet und unterstützt sowie erneuerbare Energien unterstützt werden.

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

Das ist auf Bundesebene anscheinend etwas schwierig, weil Herr Altmaier Vorschläge macht, die er wohl für richtig hält, die aber genau das Gegenteil von Unterstützung der erneuerbaren Energien sind.

Die Dinge also, die wir machen wollen, und die Digitalisierung, die wir in den Betrieben, in den Schulen, bei den Studentinnen und Studenten an den Universitäten voranbringen wollen: Es ist unsere Aufgabe, diese Maßnahmen auch weiter zu unterstützen und weiter nach vorne zu bringen. Ich glaube, der stellen wir uns in Rheinland-Pfalz ganz gut. Das, was wir nächstes Mal wieder in den Haushaltsberatungen diskutieren, sind die richtigen Maßnahmen, das sind gute Maßnahmen. Deswegen freue ich mich auch, dass wir in dieser Koalition die entsprechenden Entscheidungen getroffen haben.

Ich komme nun zur Mehrheit der Bevölkerung. Das sind die Frauen. Die Frauen bilden die Mehrheit der Bevölkerung, und es sind hauptsächlich die Frauen, die uns durch diese Krise tragen. Sie sind nur nicht die Gewinnerinnen dieser Krise, sondern sie sind am Schluss eventuell die Verliererinnen, weil sie besonders über die Pflegeberufe belastet sind, die Frauenberufe sind, über die Familien, die durch die Frauen getragen werden, und über andere Tätigkeiten, die Frauen doppelt erfüllen müssen.

Meine Damen und Herren, in dieser Zeit ist es wichtig, dass wir sagen, Frauen tragen nicht nur die Mehrheit an der Verantwortung in der Krise, sondern Frauen müssen auch 50 % der politischen Verantwortung und der Entscheidungen in Unternehmen am Schluss tragen dürfen, und sie müssen auch bezahlt werden für das, was sie tun, und zwar gerecht. Das ist uns Grünen ein großes Anliegen, und ich glaube,

die Chance, dass es passiert – das Risiko ist natürlich hoch, dass es nicht passiert – und man erkennt, welchen Anteil die Frauen in dieser Bevölkerung an Verantwortung tragen, ist groß, und deswegen müssen wir sie erfassen und packen und in Zukunft für die Frauen die entsprechenden Machtstellungen und Bezahlungen sichern.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Ich möchte noch zwei, drei Sätze zu den Pflegeheimen und den Tarifverträgen in der Pflege sagen. Wir sind ein Stückchen weitergekommen, also nicht wir, sondern die Tarifpartner sind zum Glück weitergekommen. Wir im Land haben das getan, was wir tun konnten. Wir hoffen darauf, dass es jetzt auch weiter in den Tarifverträgen für die Pflegekräfte und die Kräfte, die im Krankenhaus arbeiten, nach vorne geht oder nach oben, muss man schon fast eher sagen, in der Einkommensskala. Das freut uns, das unterstützen wir auch weiter. Es muss grundsätzlich ein anderes Bild geben, damit Pflegende tatsächlich nicht nur den Beifall von den Balkonen, sondern eben auch die entsprechende Bezahlung bekommen.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir können das als Landesregierung oder als Parlament nicht bestimmen, aber wir können das im gesellschaftlichen Diskurs, im Dialog unterstützen. Das tun wir, und ich bin froh, dass wir das gemeinsam tun können.

Ich glaube, wir werden in nächster Zeit neue Dinge diskutieren. Wir werden einen wissenschaftlichen Fortschritt in der Erforschung der Pandemie haben. Wir werden eventuell einen wissenschaftlichen Fortschritt haben bei Möglichkeiten, die Genesung zu fördern. Wir werden aber auch viel über Langzeitfolgen von Corona erfahren, also gesundheitliche, nicht wirtschaftliche Langzeitfolgen. Das müssen wir dann hier natürlich gemeinsam wieder diskutieren, und wir müssen die richtigen Möglichkeiten finden, die Menschen wieder in den Beruf zu bekommen und die, die lange leiden, weiter zu begleiten – es gibt nicht wenige, die lange daran leiden – und natürlich auch die, die, die psychisch daran leiden, zu unterstützen.

Wir werden vermehrte Testmöglichkeiten haben. Das wird ein wenig die Dinge verändern, die wir im Moment beschließen. Vielleicht müssen wir dann nicht mehr so klare Kontaktbeschränkungen haben wie jetzt. Das sind aber alles Zukunftsthemen, von denen ich jetzt nicht behaupten will, es wird sich in die eine oder andere Richtung entwickeln.

Ich glaube, unsere Gesellschaft – davon bin ich fest überzeugt – ist, wenn wir das in der Politik schaffen, in der Lage, diese Pandemie, dieses Unheil aktiv zu bekämpfen, aktiv darüber hinwegzukommen und dann nicht nur als die alte Gesellschaft, sondern auch als eine Gesellschaft, die resister, die resilienter gegen solche Pandemien ist, und die auch im Umwelt- und Klimabereich in der Bekämpfung aktiver sein wird, herauszukommen. Diese Pandemie will ich nicht unbedingt als Chance bezeichnen, aber ich glaube, man darf daran nicht verzweifeln, sondern man muss nach

vorne schauen, die richtigen Maßnahmen treffen, darüber debattieren, das erklären, was man tut, und dann darauf hoffen, dass es die richtigen Folgen hat und wir uns im Parlament wieder ohne Maske treffen können. Das wäre eine schöne Sache.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Jetzt hat die unabhängige Abgeordnete Bublies-Leifert das Wort. – Entschuldigung, die fraktionslose Abgeordnete. Unabhängig sind wir alle.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Also, sie ist unabhängig oder vielleicht auch einfach aus der AfD rausgeflogen!)

Abg. Gabriele Bublies-Leifert, fraktionslos:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Als Erstes möchte ich den Grünen danken, die in der größten Krise Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg unter anderem Druck machen und die monatlichen Landtagssitzungen bis direkt zum Ende der Legislatur durchführen lassen wollen. Ein richtiges Signal in Corona-Zeiten, in denen besonders viele Bürger von Kurzarbeit und Insolvenz bedroht sind. Ich befürchte allerdings, wir werden bei Frau Ministerpräsidentin Dreyer und ihrer SPD darauf warten müssen.

Dieser erneute Lockdown, auch wenn er mit „Leid“ tituliert wird – Leid klingt ja immer so schön nach Diät, ja, Diät ausschließlich für die Bürger, die künftig den Gürtel werden noch enger schnallen müssen –,

(Zuruf der Abg. Giorgia Kazungu-Haß, SPD)

ist wieder einmal ein absoluter rechtspolitischer Super-GAU. Er ist überzogen, unverhältnismäßig und vor allem erneut in höchstem Maße verfassungswidrig, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich dabei fast überwiegend auf positive Tests bezogen wird.

In einem bayerischen Labor waren aktuell von 60 Tests 58 nachweislich falsch positiv. Wie hoch die Dunkelziffer ist, bleibt der Fantasie des Einzelnen überlassen. Die derzeitigen rund 10.000 leider an oder mit Corona Verstorbenen nehmen sich in Anbetracht der Zahl von jährlich in Deutschland rund 1 Million Toten, davon allein aufgrund von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs 500.000 bis 600.000 Verstorbenen, eher niedrig aus und liegen im Rahmen der stets wiederkehrenden Influenzawellen. Vorerst werden vermutlich wieder die Gerichte, wie kürzlich beim Beherbergungsverbot, erneut die Rechtsstaatlichkeit herstellen müssen.

Verfassungswidrig sind auch die Attitüden des Genossen

Lauterbach sowie des Ministerpräsidenten Söder. Wer Privaträume systematisch überwachen und Schleierfahndung einsetzen möchte und somit bei Bürgern einen strengerem Rahmen anlegen will als bei Terroristen, ist, mit Verlaub, entweder ein Fall für die Psychiatrie oder den Verfassungsschutz. „Wer in der Demokratie schläft, wird in der Diktatur aufwachen“ – wie wahr.

Besonders erfreulich ist jedoch die Tatsache, dass sich endlich geordneter Widerstand innerhalb unserer Gesellschaft gegen diese Hybris vermeintlicher Spitzenpolitiker bildet, und zwar konkret in der Gastronomie, beim Tourismus sowie im Kulturbereich; denn wenn man Infektionsketten genau betrachtet, muss man zugeben, dass weder das gut geführte Restaurant um die Ecke, noch das Kino von nebenan oder die örtliche Fußpflege zum erneuten Anstieg beigetragen haben. Diese betroffenen Bürger befürchten nun das Aha-Erlebnis: Auto weg, Haus weg, alles weg.

Abhandengekommen ist auch die Chancengleichheit der bisher nicht im Landtag vertretenen Parteien bezüglich der Landtagswahl, die ganz klar aufgrund der Corona-Maßnahmen schlichtweg ausgebootet werden. Sollte die Landesregierung hier nicht die demokratischen Grundrechte der Chancengleichheit aller Parteien durch entsprechende Maßnahmen wiederherstellen, werden wir von der Partei „Die Föderalen“ im Schulterschluss mit anderen kleinen Parteien gegen diese Diskriminierung klagen.

Ich danke Ihnen.

Präsident Hendrik Hering:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ihnen liegt ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion vor – Drucksache 17/13482 –. Dazu hat sich Abgeordneter Dr. Bollinger für die AfD-Fraktion gemeldet.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Für die AfD Fraktion beantrage ich namentliche Abstimmung über diesen Antrag.

Präsident Hendrik Hering:

Die AfD-Fraktion hat namentliche Abstimmung beantragt. Das ist das Recht einer jeden Fraktion entsprechend § 46 unserer Geschäftsordnung. Damit findet über diesen Antrag eine namentliche Abstimmung statt.

Ihnen liegt auf Ihren Tischen jeweils ein kleines Kuvert vor. Darin sind Stimmkarten enthalten. Grüne Stimmkarte bedeutet „Ja“, rosa Stimmkarte bedeutet „Nein“, hellbraune Stimmkarte bedeutet „Enthaltung“.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Hellbraun bedeutet AfD!)

Überprüfen Sie, ob auf der Rückseite der Stimmkarte auch

der richtige Name steht, sonst wird das nachher im Protokoll bei Ihnen unter Umständen zu Verwunderung führen.

Die schriftführenden Abgeordneten haben jetzt die angenehme Aufgabe, die Stimmzettel einzusammeln. Die Kollegen, die jetzt als schriftführende Abgeordnete normalerweise dran wären, werden das vornehmen.

Nochmals: Grün bedeutet „Ja“, Rosa „Nein“, Hellbraun „Enthaltung“. Geben Sie die entsprechende Karte in die Urne. Der Wahlgang ist damit eröffnet.

(Die schriftführenden Abgeordneten beginnen, die Stimmkarten einzusammeln)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt die einen oder anderen Umschläge, in denen die auf den Stimmkarten gedruckten Namen nicht übereinstimmen. Wir werden die Sitzung jetzt für 5 Minuten unterbrechen, um das zu klären. Bleiben Sie bitte sitzen. Wir stimmen dann erneut ab.

Unterbrechung der Sitzung: 17.01 Uhr

(Die Abgeordneten, die keine übereinstimmenden Stimmkarten haben, erhalten neue Stimmkarten)

Wiederbeginn der Sitzung: 17.03 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir haben jetzt bei den Kollegen, die nicht richtig bezeichnete Stimmkarten hatten, diese ausgetauscht.

Hat jetzt jeder mit seinem Namen beschriftete Stimmkarten – in Grün, Rosa und Hellbraun –, sodass er abstimmen kann? Wichtig ist, dass Sie die Stimmkarte haben, mit der Sie abstimmen wollen. Hat jeder eine entsprechende Stimmkarte?

(Zurufe aus dem Hause: Ja!)

Dann eröffne ich erneut die Abstimmung. Die schriftführenden Abgeordneten Frau Kazungu-Haß und Frau Lohr

werden die Stimmkarten jetzt einsammeln.

(Die Stimmkarten werden von den schriftführenden Abgeordneten eingesammelt)

Hat jeder seine Stimmkarte abgegeben? Dann ist die Abstimmung geschlossen. Die schriftführenden Abgeordneten werden nun auszählen.

Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung der Sitzung: 17.07 Uhr

(Die schriftführenden Abgeordneten zählen die Stimmen mithilfe der Landtagsverwaltung aus)

Wiederbeginn der Sitzung: 17.12 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung wieder und darf Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion – Drucksache 17/13482 – mitteilen.

Abgegebene Stimmen: 91
Gültige Stimmen: 91

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 78

Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Ich darf Ihnen noch einen guten Tag wünschen. Wir sehen uns am 11. November 2020 hoffentlich alle gesund wieder.

Ende der Sitzung: 17.13 Uhr

Anlage

Namentliche Abstimmung

Parlamentarische Beteiligung an Corona-Maßnahmen sicherstellen, Notverordnungsregime beenden

Antrag der Fraktion der AfD – Entschließung –

– Drucksache 17/13482 –

1. Ahnen, Doris (SPD)	Nein
2. Anklam-Trapp, Kathrin (SPD)	Nein
3. Bätzing-Lichtenthäler, Sabine (SPD)	Nein
4. Baldauf, Christian (CDU)	Nein
5. Barth, Thomas (CDU)	Nein
6. Becker, Monika (FDP)	Nein
7. Beilstein, Anke (CDU)	Nein
8. Binz, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Nein
9. Blatzheim-Roegler, Jutta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Nein
10. Böhme, Dr. Timo (AfD)	Ja
11. Bollinger, Dr. Jan (AfD)	Ja
12. Brandl, Martin (CDU)	Nein
13. Braun, Dr. Bernhard, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
14. Brück, Bettina (SPD)	Nein
15. Bublies-Leifert, Gabriele (fraktionslos)	Ja
16. Demuth, Ellen (CDU)	Nein
17. Denninghoff, Jörg (SPD)	Nein
18. Dötsch, Josef (CDU)	Nein
19. Ernst, Guido (CDU)	Nein
20. Friedmann, Heribert (AfD)	Ja
21. Frisch, Michael (AfD)	Ja
22. Fuhr, Alexander (SPD)	Nein
23. Gensch, Dr. Christoph (CDU)	Nein
24. Gies, Horst (CDU)	Nein
25. Groß, Jennifer (CDU)	Nein
26. Groß, Dr. Sylvia (AfD)	Ja
27. Guth, Jens (SPD)	Nein
28. Haller, Martin (SPD)	Nein
29. Hartenfels, Andreas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Nein
30. Hartloff, Jochen (SPD)	Nein
31. Henter, Bernhard (CDU)	Nein
32. Herber, Dirk (CDU)	Nein
33. Hering, Hendrik (SPD)	Nein
34. Höfer, Heijo (SPD)	Nein
35. Hüttner, Michael (SPD)	Nein
36. Illing, Heiner (SPD)	Nein
37. Joa, Matthias (AfD)	Ja
38. Junge, Uwe (AfD)	Ja
39. Kazungu-Haß, Giorgia (SPD)	Nein
40. Klein, Jürgen (AfD)	Ja
41. Klein, Marcus (CDU)	Nein
42. Klinkel, Nina (SPD)	Nein
43. Klomann, Johannes (SPD)	Nein
44. Köbberling, Dr. Anna (SPD)	Nein
45. Köbler, Daniel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Nein
46. Lammert, Matthias (CDU)	Nein
47. Lefkowitz, Sven (SPD)	Nein

48. Lerch, Peter (CDU)	Nein
49. Lewentz, Roger (SPD)	Nein
50. Lohr, Damian (AfD)	Ja
51. Lohr, Stephanie (CDU)	Nein
52. Machalet, Dr. Tanja (SPD)	Nein
53. Martin, Dr. Helmut (CDU)	Nein
54. Nieland, Iris (AfD)	Ja
55. Noss, Hans Jürgen (SPD)	Nein
56. Oster, Benedikt (SPD)	Nein
57. Paul, Joachim (AfD)	Ja
58. Rahm, Andreas (SPD)	Nein
59. Rauschkolb, Jaqueline (SPD)	Nein
60. Rehak-Nitsche, Dr. Katrin (SPD)	Nein
61. Reichert, Christof (CDU)	Nein
62. Rommelfanger, Lothar (SPD)	Nein
63. Roth, Thomas (FDP)	Nein
64. Ruland, Marc (SPD)	Nein
65. Scharfenberger, Heike (SPD)	Nein
66. Schellhammer, Pia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Nein
67. Schmidt, Martin Louis (AfD)	Ja
68. Schmitt, Arnold (CDU)	Nein
69. Schmitt, Astrid (SPD)	Nein
70. Schneid, Marion (CDU)	Nein
71. Schnieder, Gordon (CDU)	Nein
72. Schreiner, Gerd (CDU)	Nein
73. Schwarz, Wolfgang (SPD)	Nein
74. Schweitzer, Alexander (SPD)	Nein
75. Simon, Anke (SPD)	Nein
76. Spies, Christoph (SPD)	Nein
77. Stein, Markus (SPD)	Nein
78. Steinbach, Nico (SPD)	Nein
79. Teuber, Sven (SPD)	Nein
80. Thelen, Hedi (CDU)	Nein
81. Wansch, Thomas (SPD)	Nein
82. Wäschenbach, Michael (CDU)	Nein
83. Weber, Marco (FDP)	Nein
84. Weiland, Dr. Adolf (CDU)	Nein
85. Weiner, Thomas (CDU)	Nein
86. Weller, Jessica (CDU)	Nein
87. Willius-Senzer, Cornelia (FDP)	Nein
88. Wink, Steven (FDP)	Nein
89. Wissing, Dr. Volker (FDP)	Nein
90. Zehfuß, Johannes (CDU)	Nein

Abstimmungsergebnis

Abgegebene Stimmen	90 *)
Gültige Stimmen	90
Ungültige Stimmen	0
Ja-Stimmen	13
Nein-Stimmen	77
Enthaltungen	0

*) Wegen eines unbeabsichtigten Doppelwurfs eines Mitglieds des Landtags ist die Zahl der abgegebenen Stimmen mit 90 anzugeben.